

Arbeiter-Zeitung

Da wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse.
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

Verkaufspreis: 10 Pf. —
Abbestelln. 1/4
Monatslohn = 2,10
Jahreslohn = 25,20
Lebenslohn = 252,00
Anzeigenpreis: Die
Zeile 12 Pf., 10 Zeilen
1,20, 1/4 Seite 2,40, 1/2
Seite 4,80, 1 Seite 9,60.
Annahmestelle in der
Königsplatz 70. — Annahmestelle
in der Kottbuscher Platz 18.

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 460 89. Postfach 101. Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Kottbus-
platz). Fernsprecher 439 02. Erscheint der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 89.

Kampffliege der Erwerbslosen von Hirschberg und Arnsdorf

Durch außerparlamentarischen Massenkampf Wirtschaftsbeihilfe und freie Arztwahl erlämpft!
Folgt diesen Beispielen — Rüstet in allen Orten zum Reichserwerbslosentag am 19. April!

Hirschberg. Die hiesigen Erwerbslosen haben unter Führung des Erwerbslosenausschusses einen zähen, aber erfolg-
reichen Kampf um die Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe geführt. Durch wiederholtes demonstratives Auftreten
der Erwerbslosenmassen ist es gelungen, dem Magistrat eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe für schulentlassene Kinder, sowie für
Schulanfänger in Höhe von 25—30 Mark, und für jeden Hauptunterstützungsempfänger von 8—12 Mark abzutrotzen. Der
Magistrat hat auch der Forderung der Wohlfahrtsämter Erwerbslosen auf freie Arztwahl stattgegeben.

In der Gemeinde Arnsdorf im Riesengebirge haben ebenfalls die Erwerbslosen in ihrem Kampfe um eine Wirtschafts-
beihilfe einen Erfolg davongetragen. Es sind pro schulentlassenes Kind 10 Mark zur Auszahlung gekommen.

Die beiden obigen Beispiele zeigen der Arbeiterschaft, vor allem
den Erwerbslosen, daß es doch möglich ist, im entschlossenen außer-
parlamentarischen Kampfe der herrschenden Klasse Teilforderungen
abzutrotzen. Das lebendige Beispiel der Hirschberger und Arnsdorfer
Erwerbslosen muß die Erwerbslosen in allen Orten veranlassen, ihren
Kampf um ihre berechtigten Lebensforderungen unter Führung ihrer
selbstgewählten Erwerbslosenausschüsse verstärkt zu führen.

Es gibt nur einen Weg, das Elend zu beseitigen, die neuen
Angriffe abzuwehren: Ihr müßt kämpfen, an jedem Ort, an jeder
Stempelstelle, in jedem Betrieb; kämpft Schulter an Schulter mit
allen revolutionären Arbeitern in der roten Einheitsfront, kämpft
unter Führung der SPD. und KPD. und auf breiter Massenbasis
aufgebauter Erwerbslosenausschüsse. Es muß zäh und unerbittlich

um das tägliche Stückchen Brot gekämpft werden. Der Reichs-
erwerbslosentag am 19. April, beschlossen vom Reichserwerbslosen-
ausschuss, der die Vertreibung der Millionenmassen Erwerbsloser in
Deutschland ist, muß ein machtvoller Ausstoß dieser Millionen Er-
werbslosen zum Kampfe um die Sicherung ihrer Existenz durch Er-
höhung von Zuschüßunterstützung, Beseitigung der Be-
dürftigkeitsprüfung usw. sein. Die Betriebsarbeiter müssen mit ihren
erwerbslosen Kollegen in diesem Zuge mitaufmarschieren, um die
Gemeinsamkeit des Kampfes um Arbeit, Brot und Freiheit zu
demonstrieren.

Die SWP.-Führer im Bunde mit Trotski gegen den sozialistischen Aufbau der USSR.

Breslau, den 12. April 1932.

Es ist kein Zufall, daß die Presse der SWP. die drohende Inter-
ventionsgefahr gegen die Sowjetunion fast völlig ignoriert, daß sie
die Munition und Giftgastransporte aus Europa nach Japan ihren
Lesern verschweigt. Sie sabotiert die Maßnahmen, die auf Auslösung
von Streiks in den Kriegsbetrieben hinführen, durch wilde Hetze gegen
die Aktionen der KPD. Bei gleichzeitiger Vernebelung der Köpfe der
Arbeiter durch anarchistische Generalfreiwortreden. Statt einer Organi-
sierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg führt die
„SWP.“ Leselieder auf Driand, tritt die Reichstagsfraktion der SWP.
für den kapitalistischen Völkerverbund und für die Tributverträge ein.
Auf dem Parteitag der SWP. wurde die Kriegsfrage überhaupt nicht
behandelt. Es liegt in der Konsequenz der allgemeinen Aufgaben-
stellung der SWP.-Führer, daß sie ihren Kampf gegen die KPD. mit
dem gegen die Basis der Weltrevolution, die sozialistische USSR,
koordinieren. Nur in der Frage, wie diese antihomjettische Ein-
stellung den Arbeitern am besten schmackhaft zu machen sei, bestehen
taktische Differenzen in der SWP.

Die einen, wie Gerloff, Siemsen und Kleinbeck, erklärten frei
heraus, es sei „unwahr, daß in Rußland bereits der Sozialismus
herricht. . . Freiheit gibt es nicht in Rußland“. Andere, wie Rüd-
und Schöber, versuchten den revolutionären Stimmungen der Ar-
beiter besser Rechnung zu tragen, in dem sie zwar nominell den
Sozialismus im Rückblick bejahen, aber andererseits gegen die
„Monopolstellung der KPSD. in der Komintern“ Sturm hefen und
dem Leninismus „Forderungen“ stellen. Die raffinierteste Ver-
schleiierung seines antihomjettischen, konterrevolutionären Charakters
nahm der Bloß Sedenow-Hörsing-Walcher vor, der auf dem Parteitag
zahlenmäßig am stärksten war. Er redigierte die sogenannte
Prinzipienklärung, die in der Frage des sozialistischen
Aufbaus in einem Lande die konterrevolutionäre trotski-
stische Position bezog. Hier es in dem Entwurf noch:

„Unter der Führung des Proletariats vollzieht sich in Sowjet-
rußland der sozialistische Aufbau der Wirtschaft“.

So werden nach der vom Parteitag verabschiedeten Er-
klärung nur „die Grundlagen für die Revolverisierung des Sozialis-
mus“ (also nicht der Aufbau des Sozialismus selbst!) in Rußland
geschaffen. Der weitere Satz:

„Die objektiven Schwierigkeiten werden verschärft durch die
Fehler der gegenwärtigen Parteiführung, der Aufbau wird ge-
fährdet durch die antileninistische Theorie von der
Möglichkeit, den Sozialismus in einem einzel-
nen Lande zu vollenden. . .“

zeigt klar die Identität mit dem Trotskismus auf. Als sogar Bede-
bour „diesen trotskistischen Unsinn“ als Blamage für die Partei
bezeichnete, erklärte Sedenow wörtlich: „Die Program-
kommission hat vorgeschlagen, diesen Satz gerade
deshalb stehen zu lassen, damit wir uns nicht bla-
mieren!“ Es ist interessant, daß auch dem Parteitag gerade
Walcher, der aus der KPD. und später auch aus der KPD., hinaus-
geworfene Renegat, zum Preisfechter Trotski wurde. Seiner Ansicht
nach wird die Komintern und die internationale Arbeiterbewegung
durch die Russen betäubt und mißleitet, weil sie an der Möglichkeit des
sozialistischen Aufbaus in einem Lande festhalten! Nach Walcher sind
also die Interessen des russischen Proletariats denen der Arbeiter in
den kapitalistischen Ländern entgegengekehrt!

Es ist antileninistisch, den Aufbau des So-
zialismus in einem Lande zu bejahen? Schon im
Jahre 1915 schrieb Lenin:

„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Ent-
wicklung ist ein notwendiges Gesetz des Kapitalismus. Hieraus
folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen oder
sogar in einem einzigen genommenen kapitalisti-
schen Lande möglich ist. Nach Entseignung der
Kapitalisten und Organisation der sozialisti-
schen Produktion im eigenen Lande würde sich das
siegreiche Proletariat dieses Landes gegen die übrigen kapita-
listische Welt erheben, indem es die unterdrückten Klassen der
anderen Länder für sich gewinnt, in diesen Ländern den Kampf
gegen die Kapitalisten entfacht. . . würde.“ (Band 18, S. 810.)
Stalin sagt in „Probleme des Leninismus“ dazu:
„Was bedeutet die von uns unterstützte Bewegung Ostens,
nachdem es bei sich die kapitalistische Produktion organisiert hat“?

Genosse Scheringer zu 2 1/2 Jahren Festung verurteilt

Schlusssatz Scheringers: „Wenn dieser Prozeß einigen SW.-Kameraden die Augen öffnet, bleibe
ich gern in der Sträflingsarmee der 7000 politischen Gefangenen.“ — Werkfällige, kämpft um
die Freilassung eurer hinter Kerkermauern schmachtenden Klassengenossen!

Leipzig, 11. April. (Eig. Drahtber.) Heute mittag, kurz nach 12 Uhr, verkündete der Vorsitzende des 4. Straßensitz
des Reichsgerichtes, Reichsgerichtsrat Baumgarten, das barbarische Urteil gegen den Genossen Richard Scheringer. Gemäß
dem Antrag des Reichsanwaltes hat das Gericht den Genossen Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen
Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu 2 Jahren 6 Monaten Festung verurteilt.

Unser Genosse nahm das Urteil mit einem Lächeln entgegen und wurde nach Verlesung der Urteilsbegründung in das
Untersuchungsgefängnis abtransportiert, wo er noch einige Tage bleiben wird, bis eine Festung ausfindig gemacht ist, in der
der verschärfte Strafvollzug, wie ihn Baumgarten heute ankündigte, durchgeführt werden kann.

In der einstündigen Urteilsbegründung erklärte Baumgarten,
daß dem Angeklagten alle mildernden Umstände reiflos zu verjagen
seien, weil er wegen Hochverrats bereits vorbestraft sei und während
der Verbüßung der ersten Strafe schon das zweite „Verbrechen“ be-
gangen habe. Scheringer habe erklärt, er hätte keine Ehrfurcht vor
der Strafe, aber die hätte von ihm als „gebildetem“ Mann erwartet
werden müssen!

Sodann bereitete Baumgarten eine besonders scharfe Handhabung
des Strafvollzuges gegen Scheringer vor mit der Erklärung, daß der
Strafvollzug sehr human gewesen sei, in Gollnow vielleicht zu
human!

Als strafverschärfendes Moment wogte der Vorsitzende anzu-
nehmen, daß Scheringer nicht aus „vaterländischen Motiven“ ge-
handelt habe. Mit dieser Behauptung ist der Zweck verbunden, die
Wirkung des Uebertretens Scheringers zur KPD. und des Prozesses
auf jene Kreise abzuschwächen, die noch antikapitalistisch eingestellt
sind. Darum nicht weit davon entfernt sind, dem Faschismus den Rücken
zu kehren.

Bestig bedauerte Baumgarten, Scheringer nicht ins Gefängnis
führen zu können: „Der Senat hätte keine Bedenken getragen, die
Rechtsprechung vom Oktober 1931 anzuwenden, die die Verurteilung
von Hochverrätern auch bei Ueberzeugungstäterschaft zu Gefängnis-
strafen zuläßt. Da jedoch die Handlungen Scheringers vor jener Not-
verordnung liegen, bietet sich dazu keine Handhabe.“

Das letzte Wort, bevor sich das Gericht zur Urteilsberatung zu-
rückzog, hatte Genosse Scheringer, der leidenschaftlich in den Saal rief:

„Ich habe nichts zu bereuen und würde alles mit gutem
Gewissen noch einmal tun. Und wenn dieser Prozeß auch nur einer
geringen Anzahl meiner ehemaligen Kameraden aus der SW. die
Augen geöffnet hat, dann will ich gern auch diese Strafe auf mich
nehmen und auch weiter in der Sträflingsarmee der 7000 proletari-
schen politischen Gefangenen stehen.“

Das infame Leipziger Scheringer-Urteil, von einer Justiz ge-
fällt, die kein Paltenkreuzverbrechen bestraft, wird d' Amnestiebewe-

gung der Roten Hilfe nur noch stärker entfachen, es wird den Ruf
der proletarischen Millionenmassen nur noch lauter erklingen lassen:

**Heraus mit Scheringer! Heraus mit allen proletarischen politi-
schen Gefangenen!**

Heute Lohnabbaukonferenz bei Stegerwald

Berlin, 12. April. (Eig. Drahtbericht.) Im Reichsarbeitsministe-
rium finden heute Verhandlungen zu dem neuen Angriff der Unter-
nehmer auf die Tarife statt. Um 10 Uhr verhandeln die Gewerk-
schaftsführer, um 12 Uhr die Unternehmer mit Stegerwald. Be-
kanntlich sind bis jetzt die Manteltarife für 3,6 Millionen und die
Lohnsätze für 2,8 Millionen Arbeiter und Angestellte gekündigt
bzw. abgelaufen. Gegen weitere Millionen ist der Angriff der Unter-
nehmer eingeleitet. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium
gehen darum, daß die Gewerkschaftsführer und Unternehmer sich im
Angriff gegen die Arbeiter einigen und den geplanten Lohnraub
durchführen können.

Protest gegen die Hinrichtung der acht Negerknaben

An die
amerikanische Botschaft in Berlin

Die am 8. April in Jauer stattfindende öffentliche Versamm-
lung der Kommunistischen Partei protestiert auf das schärfste gegen
die Hinrichtung der acht Negerknaben von Scottboro am
13. Mai. Die Versammlung verlangt die Freilassung der Verhafteten
und gelobt, alle Kräfte daran zu setzen, um diesen amerikanischen
Justizmord zu verhindern. Es lebe die internationale Solidarität
der Arbeiterklasse!

Jauer, den 8. April 1932.

Es bedeutet, daß das Volkswort des Reichstages die soziale Revolution nach der Wiedereinrichtung organisieren kann und muß. Und was bedeutet es, die sozialistische Revolution zu organisieren? ...

1921-1922 ... 10-20 Jahre richtiger Beziehungen zur Bauernschaft und der ...

... aber mit dem höchsten Wohlstand, sagt Lenin 1923 in ...

... nach dem Zusammenbruch des Reiches des Staates, ...

Lenin behauptet alle klar und deutlich die Möglichkeit des ...

Welches ist demgegenüber die Stellungnahme ...

... die ...

... die ...

Keine Einberufung des Reichstages

Berlin, 12. April. (Sig. Drahtber.) Der Reichsrat des Reichs ...

Das ZK. der KPD. erklärt:

Weder mit Braun noch mit Hitler haben wir eine Gemeinschaft!

Die KPD. habe in der heutigen Landtagsitzung nur ein Interesse an der Behaltung der proletarischen Forderungen!

Berlin, 12. April. (Sig. Drahtber.) Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei erklärt zur heutigen Tagung des Preussischen Landtages: Die kommunistische Partei hat die Einberufung des Landtages gefordert, um gegen die Beeinträchtigung der kommunistischen ...

Die kommunistische Partei beteiligt sich nicht an dem beabsichtigten Wahlmanöver der SPD. in Verbindung mit der Änderung der Geschäftsordnung. Unsere Stellung zum System Braun-Severing ...

diesem Vort der Notverordnungsdictatur, ist durch die kommunistischen ...

Jeder Versuch der Regierungsparteien, unsere Anträge zu durchkreuzen, wird von der kommunistischen Landtagsfraktion mit Obstruktion beantwortet werden.

Jungproleten, kämpft gegen die Pflichtarbeit

Seid solidarisch mit euren gemahregelten Kollegen! — Kämpft für die von euch aufgestellten Forderungen!

Breslau. Wir haben gestern bereits auf die Pflichtarbeit der Jungarbeiter bei Kanfer ...

Am 21. März wurden gegen 150 jugendliche Pflichtarbeiter in die ...

- 1. Lohnauszahlung während der Arbeitszeit.
2. Mindestens zwei Ausstundungen pro Tag zu bezahlen.
3. Vorfahrung der versprochenen Brot- und Lebensmittelmarken.
4. Vorfahrung von notwendigen Verbandszeug für jede Kolonne.

Diese Forderungen, welche nur die allernotwendigsten Dinge berücksichtigen, wurden durch drei Delegierte beim Stadtrat Daumann ...

Vier Tage waren seit der Einreichung der Forderungen vergangen, ...

Das war die Antwort auf die von den Jungarbeitern gestellten Forderungen

... die ...

Wir haben in unserem geistigen Artikel bereits darauf hingewiesen, daß die Stadt Breslau als Vorbild für die Privatkapitalisten ...

in der Ausbentung dient. Durch diese erhaltene Zuschrift wird unsere ...

Jungarbeiter, seid kampfbereit!

Jungarbeiter, die man auch bei Bettelstempeln ausbeutet und ...

Deshalb schließt die rote Einheitsfront. Stellt die Verbindung ...

Her zu uns!

Die illustrierte Wahlbrochure der Kommunisten, „Her zu uns!“, ...

„Arbeiterführer“ stellen sich vor:



Edmund Heines

5 Jahre Gefängnis wegen „kaltblütigen Abschlachten eines Unschuldigen“ (sagt die Urteilsbegründung). — „Der Mörder Heines ist aus der NSDAP. ausgeschlossen“ (schreibt der „Völkische Beobachter“ vom 31. Mai 1927). Heute ist Heines Nazi-Reichstagsabgeordneter und schlesischer SA-Führer!

SPD.

Zörgiebel

Als Polizeipräsident von Berlin kommandierte er die Schupo, die am 1. Mai 1929 33 Arbeiter bei den Maidemonstrationen erschoss; darunter auch ein Arbeiter aus der SPD. — deren Reihen er noch heute als anerkannter Führer zielt!

(Fortsetzung folgt.)

Rüstet in allen Orten zum Reichs-Erwerbslosentag am 19. April

Schulstreik!

Die Elternschaft von Hartlieb und Krietern antwortet auf Notverordnungsdiffatur

Breslau, 12. April.

Breslau. In einer von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion einberufenen, gut besuchten Elternversammlung der Hartlieb- und Krieterer Schule wurde nach lebhafter Aussprache nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am Sonnabend, dem 8. April, versammelten Eltern von Hartlieb und Krietern fordern vom Magistrat der Stadt Breslau

- 1. Die sofortige Zurücknahme der gegen ihren Willen, und ohne die Elternschaft zu befragen, erfolgten Zusammenlegung der beiden Schulen von Hartlieb und Krietern.
2. Die sofortige Aufnahme der Minderpension für alle Kinder der werktätigen Eltern in diesen beiden Oasen.
3. Die Ausgabe von Schuhen, Bekleidung und Wäsche an die Kinder der Minderbemittelten.
4. Die Gratzkostenlieferung mit allen notwendigen Lehrmitteln an die Kinder der werktätigen Elternschaft.
5. Die sofortige Abberufung des Hauptlehrers Braun.

Begründung: Die Elternschaft von Krietern und Hartlieb lehnt es ab, ihre Kinder den langen und gefährlichen Weg in den benachbarten Ortsteil gehen zu lassen. Nicht allein Unglücksfälle, wie sie hier unaussprechlich sind, auch das Verhalten solcher Leute wie des Flehändlers Seiffert, der die Hunde auf die Kinder heßt, die sich den langen Weg über die Wiesen abkürzen wollen, veranlaßt sie dazu.

Die ungeheure Kostlage der arbeitslosen, ausgesetzten und auch noch betriebsfähigen Eltern infolge der wiederholten Lohn- und Unterstützungszuschüsse der letzten Zeit macht es den werktätigen Eltern unmöglich, für eine auch nur einigermaßen genügende Ernährung und Bekleidung ihrer Kinder zu sorgen.

Ebenfalls sind die Kosten für die Beschaffung der notwendigen Lehrmittel aus diesen Gründen nicht mehr aufzubringen.

Die Haltung des Hauptlehrers Braun gerade in dieser Frage der Zusammenlegung der Schulen hat den Eltern deutlich gezeigt, daß er — geleitet von dem Bestreben, Rektor zu werden — keinerlei Maßnahmen zur Vertretung der Interessen der Eltern und Schüler unternimmt, sondern im Gegenteil alles unternimmt, um die Willensmeinung der Elternschaft zu unterbinden.

Die Elternschaft erklärt, daß sie entschlossen ist, für die Erreichung der darstehend aufgestellten Forderungen alle Kampfmaßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, und daß sie im Falle der Ablehnung auch zum Mittel des Schulstreiks greifen wird.

Das gleiche Schreiben, das wir hiermit dem Magistrat zu Händen des Magistrats-Schulrats Lauterbach überreichen, ist auch der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zugegangen, die von der Elternschaft von Hartlieb und Krietern mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt worden ist.

In der Diskussion kam das Vertrauen der Arbeitereltern zur kommunistischen Partei deutlich zum Ausdruck, daß sie mit lebhaftem Beifall die Aufforderung verschiedener Redner unterstrichen, bei den Preußenwahlen Kommunisten zu wählen und in den Reihen der kommunistischen Partei für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Vaterland zu kämpfen.

Der Wille der anwesenden proletarischen Eltern, die den verschiedensten politischen Parteien angehören oder parteilos sind, zur Schaffung der roten Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen Notverordnungsdiffatur und Schulfaßismus kam vor allen Dingen auch darin zum Ausdruck, daß einstimmig die Meinung vertreten wurde, bei den kommenden Elternbeiratswahlen im Mai, auf der Grundlage des angenommenen Kampfprogramms, eine Liste „Proletarischer Schulkampf“ aufzustellen.

AUSSTELLUNG Heim und Mode MESSEHOF 2-24. APRIL. Geöffnet täglich 9-19 Uhr Sonntag 10-19 Uhr Eintrittspreis 50 Pfg. Große Ausstellungs-Lotterie Tägliche Mode-Vorführungen Zahlreiche Sondergruppen

fahrtsamt nicht die hungrigen Kinder, sondern den privaten Hauspapa.

Hier haben wir einen neuen drastischen Fall, wie sich im kapitalistischen Staat alles, aber auch alles gegen die proletarischen Schichten richtet. Proletarischer Massenkampf wird diese „Keinen Hebel“, die für die Arbeitenden und Hungern den größten Hebel sind, erst beseitigen.

Herr Bertram, wir lassen unsere Kinder nicht prügeln!

(Arbeiterkorrespondenz)

Tschansch. Am 8. April ging mein Sohn Günter H. trocken er Mittelohrentzündung und tags zuvor und in der Nacht hohes Fieber hatte, zur Schule. Er trug eine schwarze Witze über den Rücken, welche ihm Leiden ohne weiteres ersichtlich machte.

Nun ist seit zwei Tagen dieser Schule ein neuer Lehrer zugewechselt. Dieser Herr Bertram, das ist sein Name, entblödete sich nicht, nur um, wie er mir erklärte, nicht von vornherein die Autorität über die Kinder zu verlieren, meinen Sohn aus nützlichen Gründen, trotz seines Leidens, mit Ohrfeigen zu traktieren.

Wenn dieser Prügelfeld durchschlagen will, dann soll er ins „Braune Haus“ gehen und dort an den Nordbanditen seine überschüssige Kraft auslassen.

Wir Tschansch-Eltern werden unter seinen Umständen diesen Prügelfeldern hier dulden, wenn er es noch einmal wagen sollte, so mit unseren Kindern umzugehen. Der Hauptlehrer Zingel hat auch ohne die Kinder zu züchtigen, die Autorität über diese Klasse nicht verloren.

Also Herr Bertram, wir raten ihnen, legen sie ihrer Prügelmützel an oder sie sind am längsten in Tschansch Lehrer gewesen. Die Arbeitereltern von Tschansch werden ein wachsameres Auge auf diese Dinge haben und werden wissen, was zu tun ist, falls die Kommunisten sich noch einmal wiederholen sollten.

Auch in Kanth geht es vorwärts!

Kanth. Was vor wenigen Wochen viele noch nicht glauben wollten, geschah hier am Sonnabend nachmittag zum Schrecken der Bürger. Mit wehenden Fahnen, unter Vorantritt der Musikfabelle, welche unter stürmischer Begeisterung der Bevölkerung immer wieder die Internationale spielen mußte, marschierten unsere Genossen und Genossinnen, gegen Hunger, Faßismus und imperialistischen Krieg demagogisch durch die Straßen der Stadt.

Als der zirka zweihundert Mann starke Zug auf dem Ring aufmarschiert war, brach Genosse Schanabel, Breslau, über die Mißwirtschaft des kapitalistischen Systems, wobei er in scharfen treffenden Worten die Vorbereitungen zu dem neuen imperialistischen Krieg und die sozialistische „Ordnung“ geißelte.

Nach seinen Ausführungen, welche des öfteren mit großem Beifall unterbrochen wurden, brach Genosse Ober über die drückenden Dinge. Nach einem dreimaligen „Rot Front!“ auf unseren Genossen Tschalmann, den Kandidaten der Armen, bewegte sich der Zug durch die Straßen der Stadt, begleitet von den „Rot Front!“ und „Höber mit Güter!“-Rufen der nachströmenden und sich zum Teil eingliedernden Volksmassen.

Diese gut disziplinierte, durchgeführte Demonstration der hiesigen Arbeiterklasse führte der Ortsgruppe Kanth eine Reihe neuer Kämpfer zu. Genossen, nun weiter nachstoßen, nicht nachlassen!

Bergeht nicht die RGD-Schulungstage

Das Bezirkskomitee der RGD hat monatliche Schulungstage für alle Mitglieder der RGD eingerichtet. Für die G-Gruppen ist als Schulungstag der 14. jedes Monats, für die Betriebsgruppen der 21. jedes Monats bestimmt worden. Die Agitpropkommission der RGD wird die pünktliche Durchführung überwachen und bei der Durchführung den Gruppenleitern zur Verfügung stehen. Es ist Pflicht aller Mitglieder der RGD, an diesen Abenden teilzunehmen.

Bezirkskomitee der RGD, Agitpropkommission.

Eine Mark Barlohn die Woche in der Holzspalteanstalt

Das ist das „kleinere Uebel“ — Lieber eine Mark und schlechtes Essen als keine Mark

Breslau. In der städtischen Holzspalteanstalt da herrschen unglaubliche Zustände. Durchreisende erhalten hier nach achtstägiger Arbeitsleistung eine Mark in Bargeld ausgehändigt. Bis vor wenigen Tagen gab es noch 2 Mark. Dieser Betrag wurde gekürzt mit der Begründung, daß es in Zukunft „besseres“ Essen gibt. Wie steht nun das „bessere“ Essen aus. Morgens eine Schnitte Brot mit schwarzen — Kaffee genannt. Zur Mittagszeit gibts erfrornene Kartoffeln mit Polseifinger (Mohrrüben), um 4 Uhr eine Schnitte mit Affenkett und am Abend eine Maggissuppe (durch die Spritze), eine Schnitte trocken Brot mit Kaffee. Zeitweise gibt es auch zur Abwechslung einen Pering, dazu schwarze und erfrornene Kartoffeln. Das ist die „gute“ Verköstigung, auf dessen Kosten man jetzt noch magte, eine Mark des Barbetrages abzugleichen.

Außer dem Bargeld wird ein Klebergeld in Höhe von 1,50 Mark gewährt. Dasselbe wird aber niemals ausgezahlt. Dafür gibt es „Kleber“. Sind keine Sachen da, hat der betreffende keinerlei Anspruch auf das zurückgehaltene Geld. Aber die „Kleber“, die geliefert werden, sind aber danach. So stellten sich vor wenigen Tagen einem unserer Gewährsleute einige Leute vor, die geradezu aller Beschreibung spotteten. So hatte der eine, eine ganz zerissene, beschissene und geflickte Hose gekriegt, die man nur in die Lumpen werfen sollte. Ein anderer hatte ein paar Schuhe „bekommen“ — meckerle Größen und Arten. Und diese Klammotten für 1,50 Mark Klebergeld, obgleich diese Lumpen zum Teil aus der Winterhilfe stammen.

So wird auf diese Art der „Wohltätigkeit“ und „Menschlichkeit“ ein zwei- und dreifaches Geschäft gemacht. Eingeperrt wie in der

Kaserne werden abends um 9 Uhr die Kumpels, die in einer Zahl von 40-50 vorhanden sind, behandelt. Kein Mensch darf am Abend die Anstalt verlassen, zur Sicherung wurde der Raum mit einem 1 1/2 Meter hohen Stacheldraht erhöht. Das ist der Ausdruck der freiesten aller Republiken der Welt, im stärksten Ort der „Demokratie“, in Sebering-Preußen. Die Proleten müssen Schluck machen mit ihrer Duldsamkeit, da der Angriff der Reaktion nicht gelinger, sondern größer wird, je geduldiger sie sind.

Zeichnet auf die Sammelkarten der KDD Für den Kampffonds Klasse gegen Klasse!

Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig

Der „offizielle“ Polizeibericht — Nazibanditen überfallen Arbeiter und schleppen ihn auf die Polizeiwache

Breslau. Wie wir bereits gestern in unserer Zeitung berichteten, wurden die Nordkolonnen Hitler's am Wahlag nach dem Westen der Stadt geschickt, um dort erneute Überfälle auf Arbeiter vorzunehmen. Jedoch hatten die provozierenden Nazis die Rechnung ohne den Unwiderwillen der Arbeiterschaft gemacht. Um diesen zu brechen, wurden seitens der Nazis Autos und Motorräder nach dem Westen geschickt, um auf die Arbeiterschaft einen Terror ausüben zu können. In der Westend-, Ecke Bologauer Straße, wurde einem provozierenden Nazi von Arbeitern heimgeleuchtet. Jetzt kannte der Nachbedarf dieser Mordgefahren keine Grenzen mehr. Nachdem sie Verhaftung herangeholt hatten, wurde auf der Alfens-, Ecke Schweitzerstraße ein Arbeiter, der mit einem Kollegen des Weges ging, von Nationalsozialisten, welche im Auto, sowie im Kraftfahrzeug mit Weimagen herbeikam, mißhandelt. Acht bis zehn Mann sprangen aus dem Auto und mit dem Ruf: „Das sind die beiden“ überfielen sie die Arbeiter. Während es einem Arbeiter gelang, der Übermacht zu entfliehen, wurde der andere mit Schlaginstrumenten blutig niedergeschlagen.

Aber nicht genug damit, nun packten sie den verwundeten Arbeiter ins Auto und fuhren von dort nach der Polizeiwache Leutenstraße. Hier wurde der Arbeiter vier Stunden in Haft gehalten und dann von Arbeiterkameraden per Auto nach dem Krankenhaus geschafft. Dort wurde eine schwere Kopfverletzung, sowie Verletzungen der Hand und des Rosenbeines festgestellt.

Der hier berichtigte Nordbube Rudny wurde in dieser Nordkolonne erkannt. Als Führer des Motorrades wurde ein gewisser Lehmann von der Düppelstraße festgestellt.

Dies ist der wahre Sachverhalt, wie ihn uns Augenzeugen berichteten. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums gibt jedoch einen Bericht heraus, nach dem es den Anschein hat, als wenn die Nazis einer verletzten Person, die an einer Ecke stand, Hilfe leisten wollten. Dieser Bericht der Herren am Stadtgraben entspricht, gelinde gesagt, nicht ganz den Tatsachen. Der unbefangene Leser soll durch diesen offiziellen Polizeibericht in der Meinung gelassen werden, als wenn die Nazis, als sie „barmherzige Samariterdienste“ leisteten, überfallen worden wären.

Dieser Polizeibericht erregt sogar den „Unwillen“ der doch gewiß schon sonst so harmlos gebärdenden „Volksmacht“. Sie schreibt dazu:

„In dem amtlichen Polizeibericht über diesen Vorfall wurde in eigenartiger Weise der Sachverhalt so dargestellt, als ob die Nazi von ihrem Motorrad gestiegen wären, um dem Manne zu helfen, weil er verletzt auf der Straße gelegen habe. Die uns vorliegenden Augenzeugenberichte stehen mit dieser polizeilichen Mitteilung im Widerspruch, weil es ja dann auch höchst rätselhaft wäre, woher der Verletzte eigentlich gekommen ist, der so plötzlich auf der Straße gelegen hat.“

Dieser Polizeibericht, welcher einer Lobhymne auf die „Samariterlichkeit“ der Nazi gleichkommt, entspricht ganz jenem Bericht, wo der Arbeiter Günther auf der Uferstraße von Nazi ebenfalls schwerverletzt wurde. Auch dort versuchte man durch einen einseitigen Bericht die Nazis als die Ungegriffenen hinzustellen. Es scheint, als wenn bei den Herren im Polizeipräsidium der Spruch: „Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld.“ Geltung hätte. Die Klassenbewußte Arbeiterchaft weiß derartige amtliche Berichte richtig zu lesen.

Dem gesteigerten Nordwille der Nazis, besonders im Westen der Stadt, muß die rote Einheitsfront der Arbeiterschaft diesem legalen Nordfaßismus der Nazis ein Ende bereiten. Organisiert überall die Wohnblock- und Straßen-Massenkampfgruppen.

Berteidigt Sowjetchina!

Unter dieser Parole führt die „Zfa“ ihre nächste Filmveranstaltung am Sonntag, den 17. April, abends 6 Uhr, und 8 1/2 Uhr, im Matthiaspark, Mollstraße, durch. Gezeigt werden zwei Chinafilme: „Der blaue Cyrenk“ und „Das Dokument von Schanghai“. Beide Filme zeigen mit den unüberbietbaren Mitteln russischer Filmkunst die politischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge in China, zeigen die grenzenlose Ausbeutung des chinesischen Volks, zeigen die Einflüsse der amerikanisch-europäischen „Kultur“ (Kinder-

Verantwortlich für den Inhalt des Proben und Notizen: Kurt Lindner, Breslau. Für die übrigen Seiten: Alfred Gerlach, Berlin. Für Anzeigen: Albert Gallus, Breslau. — Verlag und Druck: Schließliche Verlagsanstalt m. B. G. Breslau, Trebbiner Straße 50.

Rund um den Erdball

Der Schwimmer Um Tage darauf

Eine Fahne wird versteigert — Wer hat die Wette gewonnen?

Stolz wehte am Wahlsonntag vom Balkon in der zweiten Etage die schwarzrotgoldene Fahne. Sie erregte Aufsehen, denn sie war die einzige in diesem Häuserblock. Sie wehte von der Wohnung des abgedauten Bankbeamten Hermann Frank. Seit länger als einem halben Jahr befindet er sich bereits im „Genuß“ der Wohlfahrt. Seit fünf Monaten war er nicht mehr in der Lage gewesen, regelmäßig seine Miete zu bezahlen.

Nun, es wird anders werden, hat er sich und seine Frau gestärkt, als ein großer Teil seiner Wohnungseinrichtung gepfändet wurde. Wenn erst einmal Hindenburg wieder gewählt ist, dann wirds ohne Zweifel besser werden. Am 10. April stand er logar mit einem Plakat: „Nur Hindenburg!“ vor einem Wahllokal. Neben ihm stand mit dem gleichen Plakat auch ein anderer Mann, den er von früher nicht gekannt hatte. Sie diskutierten über allerhand Dinge und über die Möglichkeiten einer Besserung der Lage, die die Sozialdemokratie für den Fall eines Sieges Hindenburgs in Aussicht stellte.

Mit der Befriedigung, daß Hindenburg wiedergewählt wurde, ging er spät nachts zu Bett. Am nächsten Morgen läutete es lärmlich. Als er die Tür öffnete, erblickte er vor sich den Mann, mit dem er gestern zusammen vor dem Wahllokal auf Agitation gestanden hatte. Die beiden blickten einander erstaunt, ja logar etwas verblüfft an. „Was führt Sie zu mir, zu so früher Stunde?“

„Eine peinliche Angelegenheit. Glauben Sie mir, ich wußte nicht, daß Sie es sind. Hätte ich es auch gewußt, hätte ich nichts daran ändern können. Ich bin nämlich der Gerichtsvollzieher und soll bei Ihnen die gepfändeten Sachen zur Versteigerung abholen.“

„Zur Versteigerung? Es wurde mir doch versprochen, daß während des Wohlfahrtsamtes die Sache irgendwie in Ordnung gebracht werden wird?“

„Es tut mir außerordentlich leid, aber ich kann — wie gesagt — nichts dafür. Ich führe nur meinen Auftrag durch.“

Und nun begann er, die Wohnung auszuräumen. Der Gerichtsvollzieher hatte die Lunte vor sich, und als schon alle gepfändeten Sachen beisammen waren, stellte er fest, daß noch ein Gegenstand fehlt. Im Zimmer war er nicht aufzufinden.

„Ich weiß nicht, was Sie da noch nehmen können“ — sagte die Frau. Der Mann hatte den Blick zu Boden gesenkt.

„Es tut mir — wie gesagt — außerordentlich leid“, bemerkte der Gerichtsvollzieher. Aber ich muß feststellen, daß von den gepfändeten Sachen noch eine Fahne fehlt.“ Die schwarzrotgoldene Fahne wurde vom Balkon heruntergeholt und wandert zur Versteigerung.

Bei der Versteigerung fand sich für alle Gegenstände ein Käufer, nur für die Fahne nicht. Einer der Händler bemerkte: „Wäre es nicht ratam, die Fahne in drei Teile zu teilen?“ Nur den roten Teil könnte man einen Abnehmer leichter finden.

„Sie können sich ruhig in drei Teile teilen“, sagte Herbert Frank voller Erbitterung. „Für mich kommt sie nicht mehr in Frage. Nach ich hätte jetzt für den roten Teil Verwendung.“

Die Diskussion in der Nähe der Stempelstelle hatte heftige Formen angenommen. Allmählich sammelte sich eine größere Gruppe von Menschen um die zwei Diskutierenden oder besser gesagt: Streitenden. Der eine rief: „Es ist doch einfach lächerlich. Jeder Unbefangene wird zugeben, daß ich die Wette gewonnen habe.“

„Du hast die Wette gewonnen? Wir können doch die Leute hier fragen!“ Und er erzählt den Umstehenden:

„Wir haben nämlich vor dem 13. März noch eine Wette abgeschlossen. Ich habe gesagt, daß bei den Präsidentenwahlen die

Reaktion siegen wird. Und er hat das Gegenteil behauptet. Nun meint er, daß er die Wette gewonnen hat.“

„Natürlich habe ich die Wette gewonnen“, schreit der andere laut. „Ist Hitler nicht geschlagen? Also meine Schachtel Zigaretten her!“

„Fällt mir nicht im Traume ein!“ Einige der Zuhörer mischen sich jetzt ins Gespräch. „Keiner von beiden hat die Wette gewonnen. Die Reaktion ist weder geschlagen, noch hat sie gestiegt. Sie ist in dem gleichen Zustand geblieben wie bisher.“

„Ich hab' die Wette gewonnen!“ schreit wieder hartnäckig der erste. „Denn unter Reaktion habe ich Hitler verstanden.“

„Da hast du von vornherein falsch gewettet“, sagt einer aus dem Zuhörerkreis, unter dem Beifall aller. „Denn zwischen Hindenburg und Hitler ist es schwer zu unterscheiden, welcher mehr reaktionär ist. Und dann bedeutet ein Sieg Hindenburgs auch einen Sieg Hitlers. Letzten Endes wird Hitler unter Hindenburg doch in die Regierung aufgenommen.“

Den Urheber der Krise entdeckt...

Der Bischof von Orschid (Jugoslawien) hat die frommen Schafe seiner Gemeinde mit der sensationellen Mitteilung überrascht, daß er den Urheber der Weltwirtschaftskrise entdeckt hat, daß heißt: in Wirklichkeit habe er ihn nicht erst jetzt entdeckt, sondern kenne ihn schon von früher. Es sei kein anderer als Gott.

Die Sauerer und „weiter nicht nur Jugoslawiens, sondern der ganzen Welt sind von Gott mit der Krise bestraft worden, weil sie nicht, oder nicht oft genug die Kirche besuchen.“

Diese Krise habe demnach nicht im kapitalistischen System sondern im „Lieben Herrgott“ ihre Ursache.

Im Gegensatz zu Hitler, der sein Programm nicht verraten will, bevor er nicht einen Ministerstuhl erlangt hat, teilt der Bischof auch die Mittel mit, die für die Hebung der Krise angewendet werden müssen:

Demut, Gehorsam gegenüber den Behörden und den Unternehmern, sowie den Besuch der alten und den Bau von neuen Kirchen.

Wenn man noch zu diesen Punkten Arbeitszwang und Niederwerfung der Arbeiter hinzufügt, dann ergibt sich Hitlers geheimgehaltenes Programm.

Im Gegensatz zu diesem Bischof sagte ein Priester in St. Apold (Belgien) zu den Arbeitern:

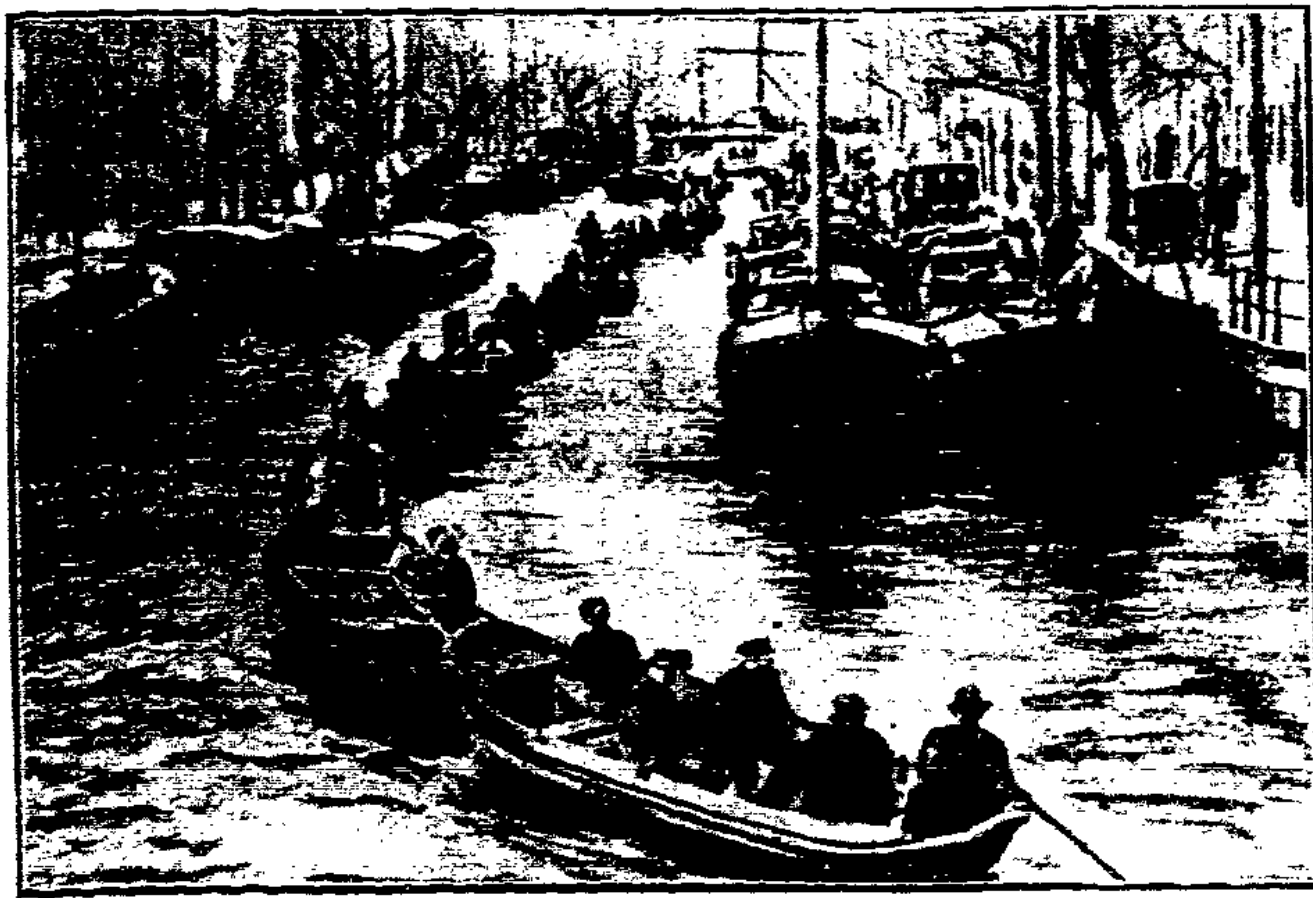
„Wenn wir Priester auch so schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne hätten, wir ihr dann würden wir uns sicher auch über unsere oberen Herren beschweren und auflehnen.“

Dieser ist anscheinend nicht der Meinung, daß Gott die Krise gemacht hat.

Wie aber sagt Heine: Es will mir dünken, daß sie alle beide...

Dynamitexplosion 5 Tote, 16 Verletzte

Newark, 11. April. In Springfield ereignete sich in einem dreistöckigen Mietshaus eine furchtbare Explosion. Die Erschütterung wurde in der ganzen Stadt gefühlt. Fünf Personen wurden getötet und 16 verwundet. Unter den Toten befinden sich vier Frauen, darunter die Gattin des Leiters der irischen Kolonie in Springfield.



Eine Arbeitslosen- demonstration zu Wasser

Auch in Holland wächst die Krise von Tag zu Tag, steigt die Arbeitslosigkeit. In Amsterdam, dieser internationalen Hafenstadt, sind besonders die Hafenarbeiter von der Krise hart mitgenommen. Die arbeitslosen Hafenarbeiter Amsterdams führten kürzlich eine Demonstration durch: sie kettelten Rettungsboote aneinander und ließen sich von einem Motorboot durch die Grachten — so werden die Kanäle genannt. Sie die Stadt durchziehen — schleppen.



Genosse Faust aus Köln, der seit 50 Jahren in der Arbeiterbewegung steht und seit 12 Jahren in der KPD, gehört zu den ältesten revolutionären Kämpfern Deutschlands. Genosse Faust begibt sich jetzt nach Moskau ins Heim der alten Bolschewiki und grüßt vor seiner Abreise nochmals die deutsche Arbeiterchaft mit der Aufforderung, unter Jüli der KPD unermülich für ein totes Preußen, für ein Sowjetdeutschland zu kämpfen.

Bei der Silberhochzeit vom Sohn erstickt

U. Erfurt, 11. April. Bei einer Silberhochzeitsfeier im Erfurt ereignete sich ein blutiger Zwischenfall. Der Sohn des Silberbräutigams, der Arbeiter Reinhold Zilhardt aus Erfurt, der schon lange mit seinem Vater in Unfrieden lebte, war von diesem trotzdem eingeladen worden in der Absicht, die Versöhnung herbeizuführen. Als der Sohn jedoch erneut Händel suchte, wurde er von den Gästen hinausgedrängt. Nach kurzer Zeit erschien er mit einem offenen Messer in der Hand wieder. Sie sich ihm die Gäste entgegenstellten, stach er blindlings auf sie ein. Er traf seinen Vater, den Arbeiter Willi Zilhardt aus Rodhausen in die Schlagader und verletzte ihn so schwer, daß er kurz nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus starb. Der Täter, der flüchtete, konnte nach kurzer Zeit in seiner Wohnung festgenommen werden.

Leichenfunde auf dem Schlachtfeld

Paris, 11. April. Wie aus Amiens berichtet wird, wurden bei Ausgrabungen auf den Schlachtfeldern die Leichen von 87 deutschen und 81 französischen Soldaten gefunden. Nur 22 Deutsche und 50 Franzosen konnten identifiziert werden.

Flugzeugabsturz

Am Sonntag stürzte auf dem Flugplatz in Gera ein Kleinflugzeug ab. Die beiden Insassen, der 24-jährige Jungflieger Ernst Tollsdorf und der Zahnmechaniker Reichardt, waren sofort tot. Das Unglück ist wahrscheinlich auf falsche Bedienung der Maschine zurückzuführen.

250 Kilometer in der Stunde

Preßburg, 10. April. Ein Eindecker der staatlichen Aeroliner hat gestern die Strecke Preßburg—Uzhorod (Karpathenrußland) in einer Rekordzeit von einer Stunde vierzig Minuten zurückgelegt. Die Strecke beträgt 400 Kilometer, es wurde somit eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 250 Stundenkilometern erzielt.

Unbekannter Dampfer in Seenot

U. Borkum, 11. April. Wie die Marine-Nachrichtenstelle aus Borkum meldet, befindet sich am Ostende der Insel Ameland ein holländisch-weißröthlicher Insel, ein unbekannter Dampfer seit Montagfrüh in Seenot. Der Schlepper „Hjaz“, der bei Borkum stationiert ist, ist zur Hilfeleistung ausgelaufen.

Ein kleines Elektrizitätswerk vom Hochwasser zum Einsturz gebracht

U. Königgrätz, 11. April. Am Sonntagnachmittag stürzte das Elektrizitätswerk in Predmeritz bei Königgrätz ein. Wahrscheinlich ist der Bau durch das Hochwasser der Elbe unterwassert worden. Gleichzeitig stürzte auf der rechten Seite der Elbe ein Brückenpfeiler ein. Es handelt sich um ein kleines Elektrizitätswerk. Zu Schaden kam niemand, weil die beschäftigten Arbeiter rechtzeitig das Unglück bemerkten.

Mord an der Geliebten

Im Walde der Gemarkung Rothemann (Bezirk Kassel) wurde gestern die Gastwirtstochter Sophie Hohmann aus Rothemann vergiftet aufgefunden. Die Polizei hat einen jungen Mann verhaftet, der mit dem Mädchen Beziehungen unterhalten hatte.

Weißt Du schon?

daß die preußische Regierung 460 000 Mark im Jahr für Polizeihunde und 2 Millionen Mark für Polizeidienstposten für Kinderspeisung dagegen 720 000 Mark und zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 570 000 Mark ausgibt.

Dann lies:

„Die Wahrheit über Preußen“

das Material der preußischen Landtagsfraktion der KPD das eine Fülle von Tatsachenmaterial über die arbeitfeindliche Politik der Regierung des „kleineren Uebels“ enthält. Preis 40 Pf., bei 126 Seiten Umfang, erhältlich bei allen proletarischen Literaturverkäufern.

Zum Reichs-Erwerbslosentag am 19. April demonstrieren:

Betriebsarbeiter und Erwerbslose in einer Front!

Gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen den Arbeitsbeschaffungsschwindel des NSD., für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD., für ein rotes Preußen im sozialistischen Deutschland!

Heute findet im Reichsarbeitsministerium bei dem Reichsarbeitsminister Stegerwald eine Schlichterkonferenz statt. Anschließend tagt eine Konferenz zwischen Vertretern der Unternehmerverbände und sozialdemokratischen sowie christlichen Gewerkschaftsführern.

Morgen soll der vertagte „Krisentongreß“ der reformistischen Gewerkschaften in Berlin stattfinden, zu dem keine Gewerkschaftskollegen delegierte gewählt haben. Heute wird man sich im Reichsarbeitsministerium über den weiteren Lohnraub einigen, wobei die Gewerkschaftsführer nur daran interessiert sind, den Lohnabbau bis nach den Preußenwahlen zu verschieben, um so die Arbeiter darüber hinwegzutäuschen, daß der Lohn unter Hindenburg weiter abgebaut wird.

Der neue Lohnraub soll auf jeden Fall 10—15 Prozent betragen! Die Unternehmer glauben dabei, ihr Ziel am besten durch betriebliche Vorstöße zu erreichen. Als Grundlage wird ihnen die letzte Rotverordnung „des weineren SPD-Nebels“ dienen. Nach dieser sollen „notleidende Betriebe“ die Möglichkeit erhalten, untertänigliche Lohnvereinbarungen zu treffen.

Generall Tarifrückbildungen

In Schlesien wurden, wie bereits mitgeteilt, die Tarifrückbildungen für die chemische und Eisenindustrie, sowie durch den Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens E. W. Börlig; Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Mittelschlesien und benachbarte Gebiete E. W. Brieg; Gemeinschaft der Arbeitgeber der Grafisch-Glas E. W.; Verein der Industriellen, Handel- und Gewerbetreibende für die Kreise Grünberg, Freitadt und Umgebung; sowie durch die Firma J. C. Biedermann, Hermanns- und Friedrichshütte W. G. Stremshorn ausgeprochen.

In den vorgenannten Industriegebieten sowie bei den Textil-, Bergbau- und Glasarbeitern werden die Unternehmer zum größten Teil versuchen, mit Unterstützung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer, durch abteilungs- und betriebsweises Vorgehen zu ihrem Ziel, dem 10—15prozentigen Lohnabbau zu kommen.

Grünberger Pflichtarbeiter rüsten zum Streit!

Vorbereitender Kampfausschuß gebildet — Pflichtarbeiter, folgt überall diesem Beispiel nach!

Am Freitag nahmen die Pflichtarbeiter und Erwerbslosen Stellung zu den Kampfmaßnahmen gegen Pflichtarbeit und Arbeitsdienstpflicht. Genosse Karl Laube ging in seinem Referat auf die Maßnahmen des Magistrats ein, die zur Durchführung städtischer Arbeiten mit Hilfe der Pflichtarbeit und Arbeitsdienstpflicht durchgeführt werden sollen, wobei die SPD im Magistrat der Haupt-einseitiger Zwangsarbeit ist. Er behandelte weiter die Fehler und Mängel bei dem letzten Pflichtarbeiterstreik und zog daraus die Lehren.

Der Streik der Pflichtarbeiter muß vorbereitet werden in Verbindung mit der Vorbereitung des Kampfes der Textil-, Bergarbeiter und Gemeindefunktionäre, deren Tarife im April ablaufen, und die vor einem neuen unerhörten Lohnraub stehen.

Genosse Laube entwickelte ein Kampfprogramm, mit einem ganzen System von revolutionären Methoden zur Vorbereitung und Durchführung des Streiks. Er stellte die Durchführung des Programms in den Mittelpunkt unserer Wahlarbeit und betonte, daß die Durchführung dieser Kampfmaßnahmen noch vor den Landtagswahlen jedem Arbeiter die Möglichkeit gibt, zu erkennen, welche Partei sich für die Interessen des Proletariats einsetzt. In der Diskussion zeigte sich die große Kampfbereitschaft der Pflichtarbeiter, die in Reden und Anträgen zum Ausdruck kam. Die SA schickte einen Redner vor, über dessen Unwissen die Erwerbslosen hinweggingen. Es wurde beschlossen, alle Kampf vorbereitungen zu treffen. Auf den vom Magistrat neu eingerichteten Bauhöfen werden sofort

vorbereitende Kampfausschüsse geschaffen.

Der Ausschuß wurde durch acht Kollegen verstärkt.

Der Reichserwerbslosentag am 19. April wird und muß der Auftakt zum aktiven Kampf der Erwerbslosen für Arbeit und Brot sein. Ein parteiloses Arbeiter rüchete zum Schluß einen Appell an die Versammelten, den letzten Arbeiter aufzurufen zum Kampf für ein rotes Preußen.

Begeisterte NS.-Versammlungen in Goldberg und Liegnitz

24 neue Kämpfer in der roten Einheitsfront

Genossin Traute Hölz sprach am Freitagnachmittag in Goldberg, im Germania-Saal, und abends in Liegnitz, im Neuen Sommertheater, vor überfüllten Sälen über das Thema: „Die internationale Solidarität im Kampfe Klasse gegen Klasse.“ Scharf aber sachlich rechnete Genossin Hölz mit Hitler wie mit dem Sozialfaschismus ab, und verstand es vortrefflich, die kuriose „eiserner Front“ zu analysieren. Genossin Hölz appellierte unter Hinweis auf die drohende Kriegsgefahr an den Kampfesgeist des Proletariats. Nachdem sie noch die besonderen Aufgaben der Internationalen Arbeiter-Hilfe hervorhob, schloß sie ihre Ausführungen unter ungeheurem Beifall der Versammlungsteilnehmer.

24 neue Kämpfer wurden für die rote Einheitsfront gewonnen.

In beiden Versammlungen wurde noch wegen des Verbots der NSD. in der Tschechoslowakei eine Protest-Resolution folgenden Wortlautes einstimmig angenommen:

„Die werktätigen Volksgenossen Deutschlands nehmen heute anlässlich zweier öffentlicher Massenversammlungen der Internationalen

Hier heißt es für jede Betriebs- und Abteilungsbesetzung, für jeden Gewerkschaftskollegen und NSD.-Anhänger, Augen und Ohren offen halten, Vorbereitungen gegen den erneuten Unternehmerangriff auf die Löhne treffen!

Morgen werden die Gewerkschaftsführer in Berlin zu ihrem „Krisentongreß“ zusammenzutreten. Sie werden reden gegen Lohnabbau, den sie heute mit den Unternehmern pervertet machen. Sie werden reden für ihren Arbeitsbeschaffungsschwindel, um die einheitliche revolutionäre Kampffront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen Massenentlassungen, gegen Lohn- und Unterstützungsraub, für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. zu verhindern. Die Wohl Hindenburgs wird sich so in einer weiteren Verschlechterung der Lebenslage der im Betrieb stehenden Arbeiter, der Erwerbslosen und somit des gesamten Mittelstandes und der armen Landbevölkerung auswirken. Hindenburg und Hitler wird sich so für alle Werktätigen als das große kapitalistische Uebel der Massenverwerflichkeit, des Lohn- und Unterstützungsraubs, kurz des Massenelends und faschistischen Terrors erweisen.

Mobilmachung zum Erwerbslosentag am 19. April

Jetzt heißt es im Betrieb und auf der Stammtische alle revolutionären Kräfte mobil gemacht, um die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen unter Führung der kommunistischen Partei und der einzigen gewerkschaftlichen Massenorganisation der Arbeiter, der NSD., zum Kampf für ihre Forderungen zusammenzuschließen.

Betriebsarbeiter und Erwerbslose demonstrieren zum Erwerbslosentag am 19. April gegen jeden Unterstützungs- und Lohnraub, gegen jede Ermittlung, für die Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung und Befestigung der Bedürftigkeitsprüfung, für die Gewährung von Zusatzunterstützungen in Form von Kleidung, Kinder-speisung, Mietszuschüssen und von besonderen Beihilfen.

Gegen den Arbeitsbeschaffungsschwindel des NSD., gegen jede Zwangs- und Pflichtarbeit, gegen jede Art von Arbeitsdienst, für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD., für ein rotes Preußen im sozialistischen Deutschland!

Arbeiter-Hilfe, in Goldberg und Liegnitz i. Schles., mit Empörung von dem Verbot der NSD. in der Tschechoslowakei seitens der dortigen Regierung Kenntnis und protestieren aufs schärfste gegen eine derartige kulturwidrige und gegen alles Menschenrecht höhnrührende Maßnahme.“

Preußenwahl und rote Hilfe

Freiburg. Heraus zur öffentlichen Versammlung am 16. April, abends 8 Uhr, im „Goldenen Frieden“, Pölsnitz. Es spricht Genosse Huber, Breslau, über das Thema: „Preußenwahlen und rote Hilfe“.

Rote Einheitsfront verjagt Hitlerfaschisten

SA.-Schlägergarde muß weichen — Jeder ehrliche Naziarbeiter muß ein revolutionärer Kämpfer in roter Front werden

Charlottenbrunn. Am Freitag, dem 8. April, unternahm die SA.-Schlägergarde einen Propagandamarsch von Steingrund über Leh in Wasser, Sophienau nach Bad Charlottenbrunn. Insgesamt waren es 84 Mann. Sie waren aus dem ganzen Kreise zusammengelassen.

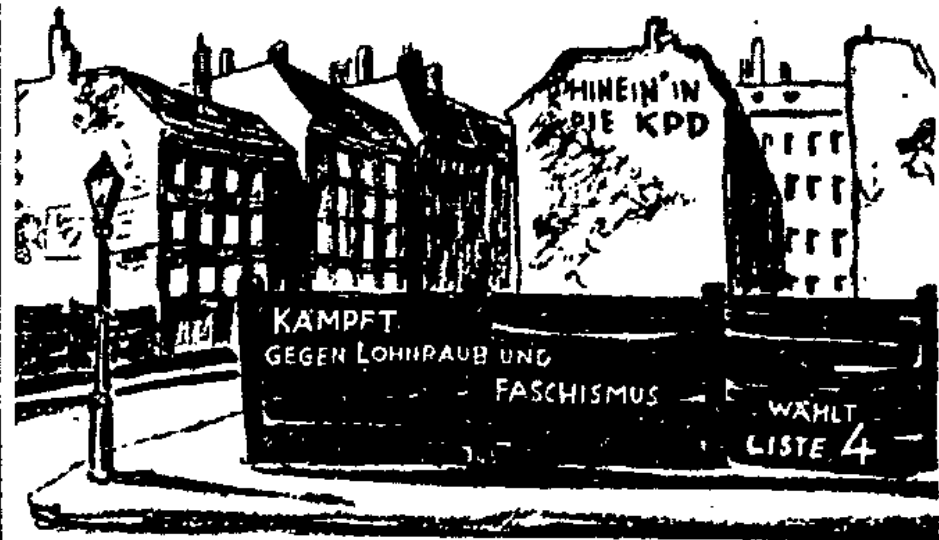
In Sophienau wurde diese Faschistenhorde mit Huzuren und Schimpfworten empfangen.

Bei der Auflösung des Zuges in Charlottenbrunn verlangte die Arbeiterfront, daß die SA. sofort den Ort verlassen sollte. Bei dieser Auseinandersetzung provozierte der SA.-Führer Konrad aus Heinsdorf die Arbeiterfront. Unter anderem jagte er zu einem 62jährigen SPD.-Arbeiter: „Wenn wir an der Nacht sind, dann werdet ihr erst arbeiten lernen.“ Dieser SA.-Mann hat 12 Jahre bei der Reichswehr gedient und wartet jetzt auf Anstellung als Gerichtsvollzieher. Ein Teil der Nazi rückte durch den Ort ab und lehrte nochmals in das Razilokal zum Kurparkhotel zurück. Als sie wieder rauskamen und erneut angingen, die Arbeiter zu provozieren, war die Geduld der Arbeiter zu Ende. Die Nazis gingen mit Fahrrädern, Luftpumpen und Fahnenstangen auf die Arbeiter los. Im Nu hatten die Arbeiter die Fahnenstangen den Nazis entziffen und trieben die braune Mordpest zum Tempel hinaus.

Die berühmte SA.-Gruppe aus Waldenburg und Neuhendorf ließ ihre zerbrochenen Fahnenstangen und Fahnen, sowie zerbrochene und verbogene Fahrräder im Stiche. Was die Severing-Polizei nicht schaffte, das brachte die kampfbereite Arbeiterfront in 5 Minuten fertig.

Ähnlich erging es den Nazis am 5. April in Wüstegiersdorf. Die Arbeiterfront war auch hier demonstrativ auf der Straße, so daß die Nazis ihren Propagandamarsch nicht durchführen konnten. Auf diese Art muß die Arbeiterfront überall geschlossen dem Faschistenterror entgegengetreten. Severing wird gegen die SA. nichts unternehmen! Nur die Einheitsfront der SPD. mit den kommunistischen Arbeitern wird diesem Terror ein Ende bereiten.

Gleichzeitig wenden wir uns an die ehrlichen Naziarbeiter, die von ihren Führern betrogen werden. Ihr Naziarbeiter wolle gegen die Young- und Rotverordnungsvereinskampfen und Hitler tritt offen für Beibehaltung der Youngtribune und Rotverordnungsrepublik ein! Heraus aus der Hitler-Sophienburgfront, denn beide sind kapitalistische und Vertreter des Faschismus und der Reaktion. Kämpfe



Protest gegen Hochverratsprozeß gegen Scheringer!

Fauer. Die in der öffentlichen Versammlung am 8. April anwesenden Werktätigen, erheben flammenden Protest gegen den Prozeß, den man gegen den ehemaligen Reichswachschaffizier Richard Scheringer durchführt. Während man den hitlertreuen Reichswachschaffizier Ludin, der ebenfalls wie Scheringer wegen Hochverrat verurteilt war, vorzeitig begnadigt hat, den ehemaligen Oberleutnant Wendt, der heute im Lager der Straßer-Nazi steht, hat die Justiz den zur kommunistischen Partei übergetretenen Leutnant a. D. Scheringer weiter in Haft gehalten und führt jetzt erneut einen Hochverratsprozeß gegen ihn durch. Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen fordern eine sofortige Einstellung des Prozesses gegen Scheringer und seine sofortige Freilassung, damit er in breiter Öffentlichkeit den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen kann. Wir fordern die sofortige Freilassung der 7000 proletarischen, politischen Gefangenen und die Niederschlagung aller Prozesse gegen revolutionäre Werktätige, die als Gegner des kapitalistischen Systems der Justiz zum Opfer gefallen sind. Gleichzeitig fordern wir eine Amnestie für alle Rotkessel und für die Opfer des 8. 18. Wir geloben, den Kampf für alle diese Opfer mit verstärkter Energie aufzunehmen.

Das Dach überm Kopf verbrannt

Oranau i. Nhb. Am 7. April, um 16.30 Uhr, brannte das Haus des erwerbslosen Arbeiters Scholz nieder. Entstanden war der Brand durch einen schicksalhaften Schornstein. Der Arbeiter Scholz bemühte sich schon jahrelang bei Behörden sowie bei privaten Stellen um Mittel zur Instandsetzung seines baufälligen Hauses zu bekommen; aber alles vergebens; was uns als Arbeiter in diesem glorreichen Hindenburg-Reich nicht wundert. Wo in einem Severing-Preußen Hunderte von Millionen Mark für feudalen Pferdesport, Polizei, Kirche usw. vorhanden sind, hat man für Arbeiterwohnungen nichts übrig.

Werktätige von Oranau, erkennt diese kapitalistische Miswirtschaft. Kämpft mit uns in der roten Einheitsfront für ein rotes Preußen im sozialistischen Deutschland. Eure Stimme am 24. April der Liste der kommunistischen Partei.

Polizei und Landrat verhindert Wahlkundgebung

Guhrau. Die Ortsgruppe Guhrau der KPD. hatte bei der Polizei am 5. April eine Wahlkundgebung mit Demonstration angemeldet. Der anders gefonnene Kommissar schien nicht vertraut mit Verordnungen über die Wahlfreiheit zu sein. Er rannte schnell auf das Landratsamt, um dieses zu erforschen, doch irgendeinen Ausweg zu finden, um die Arbeiter, die sich noch nicht durch die Führer der Nazis und „Eiserner Front“ haben verführen lassen, um das ihnen zustehende Recht zu bringen. Der stellvertretende Landrat (er selbst befindet sich auf Agitations-tournee für die SPD. und hält für diese Wahlreden ab, bezieht aber ruhig sein Gehalt weiter) gestattete nur eine Kundgebung auf dem Markt, verbot aber jede einleitende Musik des Arbeiter-Musikvereins, jeden Umzug durch die Stadt. Schließlich mußte die Kundgebung unter dem Terror der Behörden abgejagt werden. Anderes Entgegenkommen zeigten diese Behörden den Nazis. Diesen wurde nicht nur gestattet, einen großen Trupp auswärtiger SA.-Leute in voller verbotener Uniform heranzuziehen, sondern sie konnten auch einen Demonstrationzug durchführen. Was sagt die Regierung zu diesem unerhörten Wahlterror?

Auf die Gastwirte wird eingedreht, den Arbeitern keinen Saal zu Versammlungen zu geben. Das öffentliche Auftreten wird verhindert. Dem Reichsbanner wird ebenfalls in entgegenkommender Weise der Demonstration zugestattet. Hier sieht doch jeder deutlich, daß Nazis und Reichsbanner mit den Kapitalisten an einem Strang ziehen; beides sind Schutztruppen des Ausbeutertums, der Großkapitalisten und Krantjunter. Nur die Mitglieder wissen es nicht. Diesen redet man Besserung ihrer verzweifeltsten Lage vor. Der Landrat läßt sich beurlauben. Er kümmert sich nicht um das Elend der Wohlfahrtsempfänger, um die ermordeten Proleten, die Wohnungen erhalten, die an Saufkalle erinnern.

Die Arbeiter müssen sich jetzt erst recht zum revolutionären Klassenkampf befeuern. Nur die kommunistische Partei führt!

Neuer Lohnabbau für Millionen droht!

„Eine schreiende Anklage“ — Gegen wen? — Arbeiter, kämpft in roter Einheitsfront gegen die kapitalistischen Ausbeuter!

Nach Mitteilung der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB, vom 9. April laufen am 30. April folgende Tarife ab:

Montelverträge für 3 600 000 Arbeiter,
Lohnverträge für 2 800 000 Arbeiter.

Diese Tarife sind meist von den Unternehmern gefälligst worden, zum Teil laufen sie automatisch ab. Es ist damit zu rechnen, daß noch weitere Tariffürdungen hinzukommen, insbesondere in der Metallindustrie, wo viele Lohnsätze nur eine lächerliche Rindungsfürd sind. Es soll also für Millionen Arbeiter ein neuer Lohnabbau diktiert werden. In derselben Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB, Nr. 15, sind Berechnungen enthalten über den bisher durchgeführten Lohnabbau. Nach diesen Berechnungen sind von Ende 1930 bis Januar 1932 die Löhne um 17 bis 28 Prozent im Durchschnitt gekürzt worden. In Wirklichkeit ist die eingetretene Lohnfürdung viel größer, was die „Gewerkschaftszeitung“ mit folgenden Worten zugibt:

„Die tariflichen Löhne standen im Januar 1932 etwa auf derselben Höhe wie Ende 1925, vor der Rationalisierung der Betriebe. Mit anderen Worten: Den Arbeitern sind die Früchte der gesteigerten Produktivität ihrer Arbeit geraubt worden.“

Damit geben die ADGB-Führer zu, daß die Tariflöhne auf das Elendsniveau von 1925 heruntergebrückt worden sind. Man sind aber die übertariflichen Lohnzulagen, die Zulagen aller Art, seitdem ununterbrochen gekürzt worden und die Dinge stehen so, daß die tatsächlich gezahlten Löhne weit unter den Löhnen von 1925 stehen. Hinzu kommt, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht worden sind, daß zur Lohnsteuer die Krisensteuer getreten ist, daß die Gemeindesteuer eingeführt wurde. Außerdem arbeiten viele Millionen Arbeiter verkürzt, oft nur noch drei Tage in der Woche.

Die ADGB-Führer, die voll verantwortlich sind für diese Verelendung der Arbeiterschaft, wagen in der „Gewerkschaftszeitung“ zu schreiben:

„Diese Entwicklung der Löhne ist eine schreiende Anklage gegen die falsche Politik der Regierung.“

Wir stellen fest, daß diese Entwicklung der Löhne gleichzeitig eine schreiende Anklage gegen die verräterische Politik der SPD-Gewerkschaftsführer ist. Denn in keinem Fall haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer der Lohnabbauoffensive irgendwelchen Widerstand entgegengesetzt, im Gegenteil, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben mit allen Mitteln der Bourgeoisie bei der Lohnabbauoffensive geholfen. Wo sich die Arbeiter gegen den Lohnabbau zur Wehr setzten, haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Streikbruch organisiert und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten haben Polizei gegen die Streikenden eingesetzt.

Heute, wo die ADGB-Führer selbst an das Jahr 1931 erinnern, ist es Zeit, einen kurzen Rückblick auf die schweren Kämpfe der Arbeiter gegen den Lohnabbau zu werfen.

Ende 1929 hatte die Lohnabbauoffensive begonnen, und die Unternehmern führten zu Beginn des Jahres 1931 einen entsetzlichen Schlag gegen die Ruhrbergarbeiter und Ruhrmetallarbeiter. Als sich die Ruhrbergarbeiter mit der Waffe des Streiks zur Wehr setzten, um die Lohnabbauoffensive zum Stehen zu bringen, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, da war keine andere gewerkschaftliche Organisation da, die sie in diesen Kampf geführt hätte, als die RGD. Vom ersten Streiktag an haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Streikbruch organisiert. Der sozialdemokratische Innenminister Severing hatte ungeheure Polizeiverstärkungen nach dem Ruhrgebiet geschickt, mit äußerster Schärfe wurden die Streikenden auseinandergetrieben und Tausende von Arbeitern im Ruhrgebiet verhaftet. Am 5. Januar 1931 hielt Severing im Reichstag eine Rede, in der er nach dem Bericht des „Vorwärts“ folgendes ausführte:

„Die großen Bergarbeiterverbände sind gewillt, der bevorstehenden wirtschaftlichen Notlage auch zu ihrem Teil Opfer zu bringen... Darum ist die Agitation der Kommunisten ohne durchgreifenden Erfolg geblieben. Nun müssen sie sich, mit Gewalt einen Streik auszulösen, aber sie wissen bereits heute, daß auch diese Bemühungen ohnmächtig sind und an der Festigkeit der Arbeiter und an der Macht der staatlichen Sicherheitsorgane scheitern werden... Den Notwendigkeiten unserer politischen und wirtschaftlichen Lage muß haben wie drüben Rechnung getragen werden. Wir können eine riesenhafte Machtprobe im Herzen unseres Industriegebiets heute weniger denn je ertragen.“

Also, den Arbeitern wurde von Severing das Recht abgesprochen, sich gegen die Lohnabbauoffensive wirksam zu wehren. Die Unternehmern haben mit den brutalsten Mitteln einen Lohnabbau nach dem anderen durchgeführt, immer haben die SPD-Führer alle Mittel angewandt, um eine wirksame Gegenwehr der Arbeiter zu verhindern. So ist die grauenvolle Verelendung der breitesten Arbeitermassen eingetreten, eine Verelendung, die auch erst den Naziführern die Möglichkeit gab, mit ihrer insamen Demagogie Erfolge zu erringen. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wurden den Arbeitern und Angestellten von den Löhnen und Gehältern Summen abgezogen, die jährlich Milliarden ausmachen. Von diesen Milliarden haben die Unternehmern viele Millionen zur Finanzierung der Hitlerpartei verwendet. Wenn also die „Gewerkschaftszeitung“ feststellt, daß die Entwicklung der Löhne eine schreiende Anklage ist, so ist sie be-

sonders eine schreiende Anklage gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.

Heute wollen die Unternehmern einen neuen Lohnabbau durchführen. Wieder verhandeln Unternehmern und Gewerkschaftsführer im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung der Lohnabbauoffensive. Der Krisenkongress der ADGB-Führer dient ebenfalls der Vorbereitung der neuen Lohnabbauoffensive.

Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sind nach wie vor eine gewaltige Macht, sie sind durchaus in der Lage, neuen Lohn- und Unterstützungsabbau abzuwehren, ihre Forderungen durchzusetzen, wenn sie sich ihrer Macht bewusst werden und unter Massenbewehrter Führung kämpfen. Mögen sich die Arbeiter ins Gedächtnis zurückrufen, wie oft seit dem Jahre 1930 die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erklärt haben, daß es mit dem Lohnabbau Schluß sei. Wie oft haben sie versprochen, einen weiteren Lohnabbau zu verhindern und jedesmal sind ihre Versprechungen als Lügen entlarvt worden. Verdienen diese sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer auch nur noch einen Funken Vertrauen? Nein! Die Arbeiter können sich gegen die Lohnabbauoffensive erfolgreich zur Wehr setzen, wenn sie sich nicht mehr von den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführern irreführen lassen, wenn sie sich, Betrieb für Betrieb, daraufhin einigen, jede neue Verschlechterung geschlossen mit der Waffe des Streiks abzuwehren und wenn sie zur Führung dieser Kämpfe Kampfleitungen von Klassenbewehrten Kollegen wählen.

Notwendig ist, daß der letzte Arbeiter über die Rolle der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer aufgeklärt wird, gerade jetzt, wo der schwindelhafte Krisenkongress stattfindet, muß diese Aufklärungsarbeit verstärkt werden. Es gilt, in allen Betrieben zu rufen, um jeden weiteren Lohnabbau, um jede neue Verschlechterung abzuwehren, um die immer mehr anwachsende Kriegsproduktion zu verweigern. Wenn so in Hunderten und Tausenden von Betrieben sich die Arbeiter zur Wehr setzen, so wird daraus eine so starke Bewegung erwachsen, daß die Lohnabbauoffensive endlich zum Scheitern gebracht werden kann.

Zwei Systeme — Zwei Welten!

In der Sowjetunion Volkseinkommen verdoppelt — In Deutschland stärkste Senkung des Volkseinkommens — Werkfätige, entscheidet!

Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion führt zu einer Erweiterung der gesamten Wirtschaft in einem bisher unbekannten Tempo und damit auch zu einem entsprechenden Anwachsen des Volkseinkommens. Das Anwachsen des Volkseinkommens in der Sowjetunion übersteigt gleichzeitig um ein Vielfaches das natürliche Anwachsen der Bevölkerungszahl. Das Volkseinkommen in der Sowjetunion betrug im Jahre 1913 14 Milliarden Rubel. Im Jahre 1925 lag das Volkseinkommen noch unter Vorkriegshöhe, es betrug 13,7 Milliarden Vorkriegsrubel. Im Jahre 1926 hat das Volkseinkommen in der Sowjetunion mit 18,2 Milliarden Vorkriegsrubel die Höhe des Volkseinkommens im Jahre 1913 bereits überstiegen und wächst dann in einem rapiden Tempo von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1930 betrug es 22,6 Milliarden Vorkriegsrubel, im Jahre 1931 schon 31,2 Milliarden Vorkriegsrubel. Im Jahre 1931 war das Volkseinkommen in der Sowjetunion mehr als doppelt so hoch wie in der Vorkriegszeit, es betrug 222 Prozent des Volkseinkommens im letzten Vorkriegsjahr. Ebenso hat sich das Volkseinkommen am Kopf der Bevölkerung fast verdoppelt. Das bedeutet, gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat sich der Wohlstand der Bevölkerung nahezu verdoppelt. Die Einnahmen der Bauernschaft sind außerordentlich gestiegen, ebenso der Wohlstand der städtischen Bevölkerung. Die Einnahmen der Bauernschaft aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte allein betragen im Jahre 1931 ungefähr 11,4 Milliarden Rubel gegenüber 9,1 Milliarden Rubel im Vorjahre. Zu diesen traten noch die Einnahmen des Dorfes aus anderer als landwirtschaftlicher Arbeit, die sich auch fast verdoppelt haben. Diese Einnahmen erreichten im Jahre 1931 den Betrag von 4,5 Milliarden Rubel gegenüber 3,2 Milliarden Rubel im Jahre 1930. Ebenso ist der Lohnfonds für Arbeiter und Angestellte außerordentlich hoch. Er betrug im Jahre 1931

21 Milliarden Rubel, er wird im Jahre 1932 planmäßig auf 26,8 Milliarden Rubel ansteigen.

In Deutschland dagegen ist das Volkseinkommen so stark zurückgegangen, wie noch niemals in der Geschichte der Krise der letzten 50 Jahre. Für das Jahr 1931 wird das Volkseinkommen in Deutschland, das noch 1929 rund 76 Milliarden Mark betragen haben dürfte, auf 50 bis 60 Milliarden Mark zu schätzen sein. Das Jahr 1932 wird sicher eine noch geringere Summe ergeben.

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen hat im 4. Vierteljahr 1931 schätzungsweise nur 7,8 Milliarden Mark betragen gegenüber etwa 9,5 Milliarden Mark im 4. Vierteljahr 1930. Das bedeutet einen Rückgang um 17 bis 18 Prozent. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im Jahre 1929 ist das Arbeitseinkommen im Vergleich der 4. Vierteljahre sogar um 25 bis 30 Prozent gesunken. Die Industriearbeiter haben unter dem Einkommensverlust am schwersten zu leiden. Ihr Einkommen war im 4. Vierteljahr 1931 laut offiziellen Angaben um über 25 Prozent geringer als im 4. Vierteljahr 1930. Ebenso ist ein Rückgang des Angestellten einkommens im Laufe des Jahres 1931 eingetreten. Offizielle Angaben veranschlagen diesen Rückgang auf mindestens 10 Prozent. Wehrlich stark wie bei den Industriearbeitern ist auch das Einkommen bei den in Handel, Verkehr usw. tätigen Arbeitern zurückgegangen. Das Beamten einkommen war bis zum 4. Vierteljahr infolge der Gehalts senkungen laut offiziellen Angaben um etwa 12 bis 13 Prozent zurückgegangen.

Bereits jetzt läßt sich schätzen, daß das gesamte Arbeitseinkommen im 1. Vierteljahr 1932 wahrscheinlich auf etwa 6,5 Milliarden Mark sinken und somit um etwa ein Viertel geringer sein wird als im 1. Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im Jahre 1929 wird das gesamte Arbeitseinkommen um 30 bis 40 Prozent bedeuten.

In der Sowjetunion wächst die Produktion, wächst das Volkseinkommen und wächst vor allem das Arbeitseinkommen, der Gesamtlohn der Arbeiter, Angestellten und Beamten. In Deutschland geht die Produktion zurück, stagniert die gesamte Wirtschaft und die Löhne der Krise werden vor allem auf die wertfätigen Schichten abgewälzt. Besonders schwer hat die Industriearbeiterschaft unter den Lasten der Krise in Deutschland zu leiden. Wie offizielle Berichte feststellen müssen, ist der Rückgang der Einkommen gerade unter der Industriearbeiterschaft weitaus am größten. Diese Entwicklung wird ihre Fortsetzung finden. Die herrschende Klasse ist entschlossen, noch mehr als bisher in Zukunft durch eine rücksichtslose Drofflung der Einkommen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise suchen.

Die Naziführer helfen den Kapitalisten bei der Ausplünderung des wertfätigen Volkes

Die Naziführer versprechen Arbeit und Brot, ihre Rezepte laufen aber darauf hinaus, die Profite der Großkapitalisten auf Kosten der breiten Massen zu erhöhen. Drum hegen die Naziführer auch gegen die Sowjetunion, die sie durch den Interventionskrieg im Bunde mit den polnischen, englischen und französischen Kapitalisten vernichten wollen.

Die SPD-Führer sind ebenso Verleugner des kapitalistischen Systems und bereit, durch Lohn- und Gehaltsabbau, durch Abbau der sozialen Leistungen die Massen neuerdings ungeheuerlich zu belasten. Die Wertfätigen und die Arbeiter sind gegen dieses System, das ihnen immer wieder nur neue Kürzungen des Einkommens, neues Elend, neue Not bringt; sie fordern Hebung des Volkswohls, Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und der wertfätigen Massen. Wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt, führt nur der Sozialismus der Arbeiterschaft und den Wertfätigen den Aufstieg aus kapitalistischer Not und Verelendung. Daher müssen die wertfätigen Massen durch Abstimmung für die Kandidaten der kommunistischen Partei ihre Bereitschaft zum Kampf gegen das kapitalistische System und für den Sozialismus bekunden.

Die neue „Abrüstungs“konferenz in Genf

Feststellungen der „Krasnaja Swesda“

Unter der Überschrift „Am Vorabend der Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz“ schreibt das Organ der Roten Armee „Krasnaja Swesda“ u. a.:

Nachdem die Konferenz vom 2. Februar bis zum 19. März unterbrochen hat und von den ununterbrochenen Bemühungen in der Frage der Herabsetzung offenbar ermüdet war, ist sie in die Ferien gegangen. Am 11. April soll die unterbrochene Arbeit der Konferenz wieder aufgenommen werden, wobei beschlossen werden soll, während täglich Sitzungen abzuhalten, um in kürzester Frist reale Ergebnisse zu erzielen. Dieser Beschluß soll die

vollige Ergebnislosigkeit der ersten Tagung

verhelfen und Hoffnungen auf einen Erfolg für die bevorstehende zweite Tagung erwecken.

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die Ablehnung des Sowjetvorschlages auf eine völlige allgemeine Abrüstung nicht unerwartet kam. Die Konferenz demonstrierte wieder einmal die Grundtendenzen des Kapitalismus, die Tendenz der Kriegsvorbereitung. Die Norm der Ablehnung legt davon Zeugnis ab, daß eine Reihe imperialistischer Regierungen es nicht mehr für nötig hält, die

Kriegsausrüstung mit pazifistischen Phrasen

zu verhüllen. Von diesem Standpunkt aus stellt der Konferenzbericht, der das Sowjetprojekt ablehnt, ein überzeugendes Dokument der Selbstenttarnung des Kapitalismus und seiner Agenten dar.

Der englische Vertreter Simon brachte einen Vorschlag zur Vernichtung der U-Boote ein. Für Großbritannien, das den Krieg gegen die Vereinigten Staaten vorbereitet, spielen die U-Boote keine entscheidende Rolle. Die Kreuzerflotte wird im anglo-amerikanischen Krieg die wichtigste Waffe sein. Durch seinen Vorschlag, der den Eindruck eines aufrichtigen

Strebens nach Frieden und Abrüstung“ erweckt, riskierte Simon gar nichts, da er sehr wohl wußte, daß sein Partner Lardieu niemals und unter keinen Umständen auf eine Verringerung, geschweige denn auf eine Vernichtung der U-Boote eingehen würde. Was also riskierte Simon? Rein gar nichts. Auf solche Weise wird das Propagandakapital erworben und der Schein der Abrüstungsfreundlichkeit gewahrt.

Der Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Armee bezweckt die Festigung und Stärkung des

französischen Imperialismus,

darum löst er auf den unüberwindlichen Widerstand anderer Mächte im imperialistischen Lager. Das weiß die französische Diplomatie. Sie wird das Scheitern dieses Planes ausnützen, um die Verantwortung für den Mißerfolg der Konferenz auf diejenigen zu schieben, die diesen Plan zum Scheitern kommen ließen.

Die Konferenz hat nicht einmal gewagt, ihrer ferneren Arbeit irgendein bestimmtes Konventionsprojekt zugrunde zu legen,

nicht einmal das jämmerliche Projekt,

das die fünfjährige Arbeit der Vorbereitungscommission dargestellt hätte, denn auch dieses Projekt, ohne irgendwelche Zahlen, das die Frage, ob die Rüstungen herabgesetzt oder auf das bisherige Niveau beschränkt werden sollen, hat zahlreiche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der imperialistischen Kreise hervorgerufen. Der Verlauf der fünfjährigen Tätigkeit der Abrüstungskonferenz hat den Beweis erbracht, daß sie ein Werkzeug zur Maskierung der Kriegsvorbereitungen ist. Das Verhandlungstempo sowie die Arbeit der Konferenz ist dieser Grundaufgabe untergeordnet, die sich die kapitalistische Welt gestellt hat. Die Aufgabe der Sowjetdelegation im zweiten Stadium der Konferenz ist, neben der Vertretung der Grundlinie der Friedenspolitik der UdSSR, die Entlarfung der pazifistischen Methode zur Verhinderung und Vorbereitung des Krieges, die Enttarnung der Antisowjetischen Schwörungen der Imperialisten.

Genossen

Mobilisiert mit verstärktem revolutionären Elan die Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, Frauen und Jugendlichen für den Kampf gegen das Braun-Severing-Preußen, für ein rotes Preußen!

Trabanten Klöckners / Die Rolle der Stegerwald-Gewerkschaften

Organe des Kapitals

Die christlichen Gewerkschaften sind genau so Organe der kapitalistischen Zentrums-Partei, wie die reformistischen Gewerkschaften Organe der SPD sind. Sie sind entstanden im Abwehrkampf des Zentrums gegen die Freien Gewerkschaften der Arbeiterzeit, nützlich deswegen das klassenmäßige Organisationsprinzip und ein formales Bekenntnis zur Waffe des Streiks annehmen. In Wirklichkeit wird die Politik der christlichen Gewerkschaften von der kapitalistischen Führung der Zentrums-Partei bestimmt.

Der führende Arbeitsrechtler des Zentrums, Lehmkühn, erklärt in seiner Schrift „Arbeitsvertrag und Streit“:

„Der Streit ist:
1. Mühsiggang der Arbeiterwelt;
2. Minderung der Armut;
3. bedrohliche Verschärfung der Klassengegensätze und eine verdammenwerte Steigerung des Klassenhasses.“

Der Vater Espidius schreibt in seiner in Millionenauflage verbreiteten Broschüre „Schlagworte des modernen Unglaubens“:

„Wissen, die so laut klagen, geht es wirklich nicht schlecht (1) Hast du noch nie beobachtet, was die sich zum Frühstück oder zum Vesperbrot am Nachmittag leisten? Es war die höchste Zeit, daß sie mal in eine strengere Schule kamen, wo sie Gewandtheit (1) lernen, sie und ihre Kinder (1)“

Auf dem Münchener Katholikentag Anfang September 1931 sagte der Erzbischof Dr. Karl von Löwenstein in seiner Ansprache an die katholische Jugend:

„Könnten wir zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands mit beitragen? Wir können eines tun: einfach leben.“ Die Ideologie der christlichen Gewerkschaften ist so, wie sie die Kapitalistenklasse braucht, um willige Lohnsklaven zu haben.

Die christlichen Gewerkschaften für Lohnabbau

Die Führer der christlichen Gewerkschaften im Reichstag: Imbusch, Gerzig usw. haben für die Lohnabbauverordnungen gestimmt.

Vor den Massen verkühten die Führer der christlichen Gewerkschaften ihre Unterstützung des Lohnraubes zu vertuschen. Sie machten den Arbeitern Illusionen wegen des von der Regierung eingeleiteten „Preisabbaus“, der erreichen sollte, daß keine Senkung des Reallohnes eintreten würde; es handelte sich eigentlich gar nicht um einen Lohnabbau, sondern um einen Umbau des Lohnsystems.“ Der 2. Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Karl Schmick, schrieb:

„Der Ausdruck Lohnabbau gibt aber keineswegs richtig wieder, um was es sich handelt. Bei Licht besehen, kommt vielmehr ein Lohnumbau in Frage.“

Ein zweites Argument der christlichen Gewerkschaftsbözen war: außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. So schrieb der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, B. Otle:

„Die derzeitige Lage läßt sich nur mit außergewöhnlichen Maßnahmen, die durch die Regierung zum Teil in Angriff genommen sind, überwinden. Im besonderen muß sich die Opferbereitschaft in solchen Notzeiten bewähren.“

Wo die KGD zum Kampf gegen die Lohnlärzung aufrief, hielten die christlichen Gewerkschaftsführer nicht vor dem Feinden Streikbruch zurück.

Aufhebung des Tarifrechts!

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember wurden alle Tarifverträge aufgehoben. Das war nichts anderes als die Beseitigung des Tarifrechts.

Zugleich wurde die Betriebsratswahl für 1932 ausgelehrt. Dies bedeutet eine Aufhebung des Wahlrechts der Betriebsarbeiter. Die christlichen Gewerkschaften verteidigen sowohl die Aufhebung des Tarifrechts wie die Beseitigung der Betriebsratswahl mit folgenden Sätzen („Der Deutsche“, 7. Februar 1932):

„Je länger die Krise anhält, je mehr sich die wirtschaftliche Lage gerade der Arbeiternehmerschaft verschlechtert, je größer die Opfer sind, die man ihr zumutet, desto mehr zeigt sich, was die Gewerkschaften für den Staat bedeuten. . . . Es wird oft behauptet, die Gewerkschaften hätten in den letzten Jahren keine Erfolge zu verzeichnen gehabt. Nur werden der Wert der Gewerkschaften lediglich nach den Ergebnissen ihrer lohnpolitischen Arbeit beurteilt, kann solcher Behauptung zustimmen. Die Gewerkschaften sind aber nicht allein um der Arbeitnehmerschaft willen, sondern auch um des

Abbau der Sozialpolitik!

Vor der Reichstagswahl 1930 erklärten die Führer des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, daß sie die Sozialpolitik mit allen Mitteln verteidigen würden.

Stegerwald, Rede in Essen, am 27. Juli 1930: „Es ist nicht wahr, daß das Kabinett Brüning die Sozialversicherung abzubauen, geschweige denn zu erschlagen willens ist.“

Wirth, Wahlrede in Liegnitz am 13. August: „Stegerwald, Brüning und ich sind Vorkämpfer der sozialen Gesetzgebung.“

Mit diesen feierlichen Versprechungen verglich man, was die Regierung Brüning-Stegerwald tat und wozu die Führer der Zentrums-Partei und der christlichen Gewerkschaften ihre Zustimmung gaben.

Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Abbau der Knappschaftsversicherung, der Krankenversicherung, der Kriegsoffiziersversorgung, der Invaliden- und Sozialrenten.

Staates willen da . . . Gerade heute zeigen sich die Früchte dieses jahrelangen Strebens, kaum jemals hat die organisierte Arbeitnehmerschaft ihre positive Einstellung zum Staate, ihr Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit und ihre Bereitschaft, für diese Opfer zu bringen, so klar bewiesen, wie in den letzten 1 1/2 Jahren. Das ist ein Erfolg und eine sittliche Rechtfertigung der gewerkschaftlichen Arbeit, die nicht hoch genug veranschlagt werden können, und

Zentrum steigert den Zollwucher!

Die Regierung Brüning hat die Lebensmittelzölle in ungeheurer Weise erhöht und dadurch die Lebensmittel unerhört verteuert. Dazu folgende Uebersicht:

Die Getreidebörsenpreise betragen (5. Dezember 1931) je 100 Kilogramm in Mark:

Ware	Winnipeg	zollfrei Hamburg	verzollt Berlin
Weizen	8,0	8,6-10,3	21,8
Roggen	6,3	8,7	19,6
Hafer	7,6	8,0	14,0
Zuttergerste	6,5	10,0 (cif Bremen)	15,3
Zucker	13,46 (London)		40,92

Diese Zölle, die nur den Großagrariern zugute kommen, dagegen den kleinen Bauern die Futtermittel und das Brot, das sie zukaufen müssen, ungemein verteuern, stellen eine Subvention des Staates dar, die den Reichen auf Kosten der Armen gegeben wird.

Der Zentrum-Reichstagsabgeordnete Dr. Dessauer hat ausgerechnet („Der deutsche Volkswirt“, 13. November 1931), daß das Agrarkapital durch die Agrarzölle allein 2,5 Milliarden

die wesentlich schwerer wiegen, als lohnpolitische Eroberungen in Zeiten der Hochkonjunktur.“

In diesen Sätzen kommt klar die Rolle der christlichen Gewerkschaften als Organe des kapitalistischen Staates zum Ausdruck. „Der Deutsche“ rühmt die gewerkschaftliche „Erziehung“ der Arbeiter deswegen, weil sie die Arbeiterschaft dazu gebracht hat, die ungeheuerliche Notverordnungspolitik geduldig hinzunehmen.

Nachdem die Führer des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften das Unternehmertum beim Lohnabbau unterstützten hatten und der Lohnabbau durchgeführt war, änderten sie ihre Taktik und jammerten über den Abbau der Löhne.

Reichsmark erhält; die Gesamthöhe der staatlichen Unterstützungen des Agrarkapitals berechnet Dessauer auf 4,15 Milliarden Mark.

Zentrumssteuern plündern das Volk aus

Unter der Regierung Brüning-Stegerwald wurden eine ganze Reihe Massensteuern neu eingeführt, fast alle bereits bestehenden erhöht; dagegen werden den Besitzenden ungeheure Liebesgaben durch Ermäßigung ihrer Steuer geschenkt.

Neue Massensteuern: die Regesteuer (250 bis 300 Millionen) die Lebzigensteuer (135 Millionen) die Krisensteuer (440 Millionen) Gemeinde-Bier- und Getränkesteuer (250 Millionen) Konsumereinsteuern (27 Millionen).

Erhöht wurden: die Lohnsteuer um 60 Millionen (durch Fortfall der Rückerstattung), die Umsatzsteuer von 0,75 auf 2 Prozent, die Biersteuer (verdoppelt), die Zuckersteuer von 10,50 auf 21 Mark pro Doppelzentner, die Tabaksteuer (etwa verdoppelt).

Imbuschs „Sozialisierungs“-Betrug

Auf der Konferenz des Christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergleute in Essen, am 10. Januar 1932, wurde nach einer radikalen Rede des Gewerkschaftsführers und Reichstagsabgeordneten Heinrich Imbusch eine Resolution angenommen, die fordert:

„Da die in den letzten Jahren betriebene privatwirtschaftliche Ausbeutung den Gesamtinteressen des Volkes hinderlich ist, fordern wir den Uebergang des Bergbaus in den Besitz der Allgemeinheit.“

In der Rede Imbuschs, mit der er auf dieser Konferenz die Sozialisierung des Bergbaus begründete, zeigt sich die ganze strupellose Demagogie der christlichen Gewerkschaftsführer; wir zitieren daraus nach dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“:

„Man kann die Unternehmer so wie bisher nicht mehr weiter wirtschaften lassen. Es wird eine Gefahr für das Volk und die Wirtschaft. Die Angst, daß die Unternehmer durch eine Bürokratie ersetzt würden, ist nicht am Platze. Wo sind die weitsichtigen Unternehmer? Ist das Unternehmertum nicht schon längst bürokratisiert? Mit Recht beklagte der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Steller die zunehmende Verbürokratisierung, Verbeamtung, Verelastung und Verzerrung der Wirtschaft. Bei den Unternehmern wird nichts Gutes mehr zerstört. . . . Bei der Mechanisierung und Rationalisierung haben sich die Unternehmer schwer verrechnet. Sie dachten nur an eine Senkung der Lohnkosten, nicht aber an eine Verzinsung und Tilgung, nicht an die Belastung der Allgemeinheit durch die Arbeitslosen. . . . Weil die Unternehmer sich verpekuniert haben, sollen die Bergleute mit Hungerlöhnen nach Hause gehen. . . . Der in der Hochkonjunktur auf lange Zeit zu hohen Preisen mit Schweden abgeschlossene Erzlieferungsvertrag hat das Siegerland ruiniert. . . . Sind die Herren, die solche Verträge unterschrieben haben,

zum Teufel gejagt? . . . Wenn das deutsche Volk sich eine solche Wirtschaft gefallen läßt, dann hat es verdient, ein Sklavenvolk zu sein.“

. . . der „Deutsche“ beruhigt!

Als die Zentrumskapitalisten sich über diese radikale Demagogie beschwerten, wurden sie von dem „Deutschen“ (17. Januar 1932) folgendermaßen beruhigt:

„Imbusch, der „Revolutionär“ und „Unternehmerfresser“, hat in der fraglichen Versammlung die Unternehmer nur vor dem Weiterreißen ihrer unsozialen Wirtschaftsführung gewarnt. Diese Herrschaft der Radikalität im Lager der Unternehmer würde notwendig zur Herrschaft der kommunistischen Radikalität führen. Und lediglich mit einem sorgenvollen Blick auf diese Tatsachen meinte Imbusch, wenn es dann noch einmal zu einer Revolution komme, würden in dieser auch die Unternehmer nicht so glimpflich davonkommen wie 1918. . . . Wer es nicht fertigbringt, sich heute mit einer Arbeiterbewegung, wie die christlich-nationale, in freier Vereinbarung zu verständigen, wird sich eines Tages das Diktat des Bolschewismus gefallen lassen müssen.“ Also nicht eine Enteignung der Kohlenbarone wollte Imbusch, sondern nur eine freundschaftliche Warnung zu ihrem eigenem Nutzen, nicht der Arbeiterschaft gilt seine Sorge, sondern er sieht mit „sorgenvollem Blick“ die Stunde kommen, wo die Arbeitermassen ihre Ausbeuter davonjagen.

Dieser Rückzug im „Deutschen“ hinderte Imbusch nicht, dieselben radikalen Phrasen am Sonntag, dem 21. Februar 1932, in einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf zu wiederholen.

Kriegshetze gegen die Sowjetunion!

Die christliche Gewerkschafts- und Zentrums-Partei hat keine Gelegenheit unbenutzt gelassen, um eine infame Hetze gegen Sowjetrußland zu treiben.

Aus Anlaß eines Besuches des Volkskommissars Litwinow in Berlin schrieb der „Deutsche“ vom 28. August 1931 über Litwinow:

„Das ist ein früherer Zuchthäuser, der jetzige russische Außenminister M. M. Litwinow. Aus dem Zuchthaus floh er nach der Schweiz, wo er enger Mitarbeiter Lenins wurde.“

Am 7. Februar 1932 schrieb der „Deutsche“ über den Völkerbund:

„Vielleicht ist dann der Zeitpunkt da, an dem der Völkerbund zum erstenmal funktioniert, da er energig wird und den Russen den Weltkrieg erklärt.“

Am 9. Februar 1932 schrieb das Duisburger Zentrumsblatt „Echo vom Niederrhein“:

„Wären die christlichen Völker Europas einig, ständen sie sich nicht fremd und feindselig gegenüber, so müßte sich heute das ganze christliche Europa wie in der großen Zeit des Mittelalters zusammenschließen und einen Kreuzzug gegen die Gottlosigkeit des Bolschewismus führen.“

Warum gerade die christlichen Gewerkschaften eine solche Hetze

gegen den Kommunismus machen, hat jener Leitartikel des „Deutschen“ verraten, in dem es hieß:

„Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind in sich abgeklappt, d. h. sie bekommen von außen keinerlei nennenswerten Zugang mehr. . . . Jedenfalls bilden sie für die christlichen Gewerkschaften kaum noch eine Gefahr, die abgleitenden christlichen Arbeiter dürften zumeist in der KGD finden, die sie zunächst lediglich als Ventil für ihre teilweise berechtigte soziale Bitterkeit betrachten. . . . Und so werden sie schon sehr bald, wenn nicht in der ersten, so doch in der zweiten Generation vollends der kommunistischen Ideologie einseitiger Klassenhate zum Opfer heimfallen.“

Einheitsfront christlicher und revolutionärer Arbeiter tut not!

Im Streit der 400 Bergleute auf der Schachtanlage „Karloline“ bei Dortmund haben kommunistische, christliche und reformistische Arbeiter eine vorbildliche Einheitsfront im Kampfe gegen den Lohnraub gebildet. Während vier sozialdemokratische und zwei christliche Betriebsräte seinen Streikbruch verüben und mit einer kleinen Clique von Verrätern zur Arbeit erscheinen, verharren die 90 Prozent der Belegschaft unter revolutionärer Führung geschlossen im Ausstand! — So muß es überall gemacht werden! Die rüderliche Einheitsfront von unten für Arbeit und Brot muß fest geschmiebelt und der Einfluß der Bürokraten zertrümmert werden!

Auch die christlichen Arbeiter müssen am 24. April die KPD-Liste wählen

Kindererlend in Severing-Preußen

39 Kindererholungsheime geschlossen

„Besonders wichtig und wertvoll sind unsere neuen Errungenschaften auf dem Schulgebiet. Jedem Kinde, ohne Unterschied des Geschlechts, wird Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten, ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern, gewährleistet.“

Das schrieb der „Vorwärts“

am 12. April 1910 unter der Ueberschrift: „Ins neue Freiheits-Preußen.“

Doch was ist geschehen?

Im Jahre 1931 wurden unter Braun und Severing in Preußen 7000 Lehrer abgebaut, die Schullieferungen eingestellt, Schulen geschlossen und die Klassenfrequenz erhöht.

Für einen Volksschüler gibt die preußische Regierung 150 Mark jährlich aus, für einen höheren Schüler 450 Mark und für Besucher der Universitäten 1800 Mark.

In der Denkschrift des „preußischen Ministers für Volkswohl-fahrt“ vom 2. März 1932 steht u. a. geschrieben: „Von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wird hiernach unsere Schul-jugend stark betroffen. Besonders schwer leiden unter ihr die die Schule besuchenden Kinder der Erwerbslosen und der sonst Unbemittelten.“

Trotzdem werden aber in allen preußischen Gemeinden rück-sichtslos Sparsmaßnahmen in der Kinderfürsorge getroffen, die in der nächsten Zeit noch bedeutend verschärft werden.

Schularzte sind abgebaut worden. Die schulärztliche Fürsorge ist so eingeschränkt worden, daß nur noch wenige Volksschüler unter schulärztlicher Betreuung stehen. Röntgenuntersuchungen tuberkuloseverdächtiger Schulkinder werden nur noch in be-schränktem Umfang durchgeführt. Heilkuren für tuberkulose Kinder werden nur noch in ganz wenigen Fällen gewährt. Allein in den Städten Stettin, Emden, Danzbrück und Hamm wurden neun Schulzahnkliniken geschlossen und 19 Schularzte entlassen.

39 Kindererholungsheime wurden in Preußen geschlossen, Kinderkrankenheime, darunter eins für tuberkulose Kinder, machten ihre Tore zu.

Unterernährung und Tuberkulose

Bei einer kürzlichen Untersuchung des Ernährungszustandes der Volksschuljugend wurde amtlich festgestellt, daß in 121 von 100 Kindern ein Rückgang des Ernährungsstandes zu verzeichnen ist. Der Kreisarzt in Marzowitzer stellte fest, daß in einer Stadtschule, in der 500 Kinder unterrichtet werden, 50 ohne Früh-stück in die Schule kamen. Im Kreis Radow wurde bei einer Unter-suchung durch Kreisärzte bei den Schulkindern eine Ab-nahme des Brustmuskels ermittelt. Ursache: Schlechte Er-nährung.

Nach den neuesten Berichten ist in Berlin und in fünf Kreisen der Bezirke Magdeburg, Wiesbaden und Düsseldorf eine erschreckende Zunahme der Tuberkulose bei Volksschulkindern zu verzeichnen.

Aus anderen Kreisen wird eine allgemeine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Kinder berichtet. Überall stellen Fürsorge- und Schularzte fest, daß die zunehmenden Krankheiten ihre Ursache in Unterernährung und Blutmangel haben. In 36 Städten und 96 Landkreisen wurden bei 17.254 Schulkindern von 325.430 Lungenleiden festgestellt. In 27 Städten und 119 Landkreisen sind von 596.520 Schulkindern 35.958 Blutar-m. In 36 Städten und 95 Landkreisen fand man bei 27.165 Schulkindern Wirbelsäulenverkrümmung. Von 515.439 Kindern in 34 Städten und 109 Landkreisen wurde bei 31.055 Kindern Rachitis festgestellt.

Nach den neuen Mitteilungen von Schularzten sind in Berlin 50 Prozent aller Volksschüler unterernährt, 50.000 Schulkinder kommen in Berlin ohne Frühstück in die Schule, 47 Prozent aller Berliner Schulkinder haben kein eigenes Bett.



Rote Jungpioniere kämpfen für Rätedeutschland.

In ganz Preußen besitzen nach einer amtlichen Statistik 40 Prozent aller Volksschüler kein eigenes Bett, sie müssen mit Geschwistern zu zweit und zu dritt zusammenschlafen.

Trotz der Millionen Erwerbslosen werden aus allen preußischen Städten zunehmende Fälle von Kinderarbeit und Verstößen gegen das Kinderschutzgesetz berichtet. Tatsachen, die beweisen, daß das sogenannte Kinderschutzgesetz in Preußen nur auf dem Papier steht. Nach dem Jahresbericht des Jugendamtes Halle von 1930 erhöhte sich die Zahl der arbeitenden Knaben um 50 Prozent und die der Mädchen um 25 Prozent.

Nur die Kommunisten für eure Kinder!

Die Kommunisten sind die einzigen, die im Preußischen Landtag einen erbitterten Kampf gegen diese Maßnahmen der Regierung führen, die für die Arbeiterkinder eintreten. In der Landtagssitzung am 1. März stellte die kommunistische Fraktion einen Antrag, der u. a. folgende Forderungen enthielt:

In allen Volksschulen erhalten die Kinder Schulspeisung . . .

40000 Pfarrer erhalten hundert mal mehr als 4,5 Millionen Arbeiterkinder



„Spielplatz“ für Arbeiterkinder in Severing-Preußen.

In der Sowjetunion alles den Kindern

Eine Arbeiterinnen-delegation, die in der Sowjetunion den sozialistischen Aufbau studierte, berichtet: Das wissenschaftliche Zentralinstitut für Mutter- und Säuglings-schutz hat ein Jahresbudget von 25 Millionen Rubel.

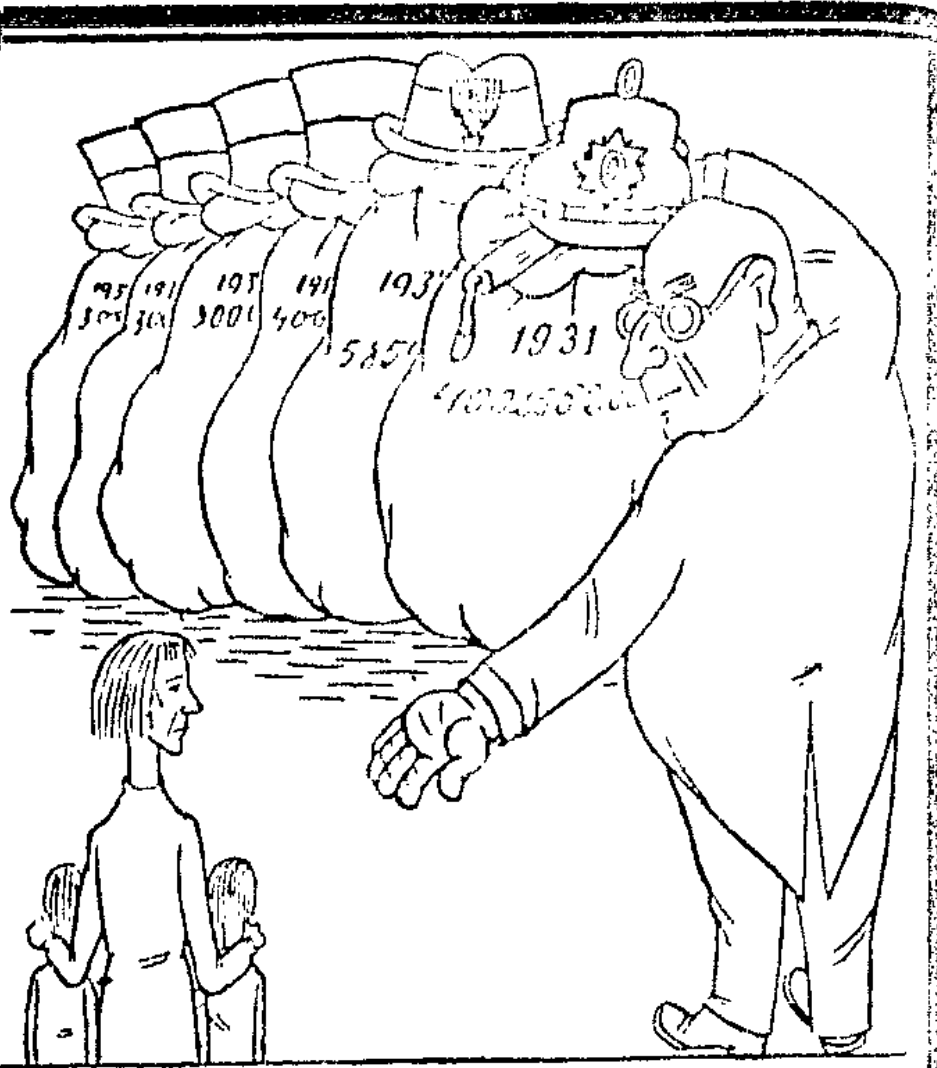
Die Zahl der Kinderkrippen in der Sowjetunion wurde von 34 000 im Jahre 1928 auf 65 000 im Jahre 1932 gesteigert. Die Zahl der Kindergärten wurde von 1928 bis 1932 ver-doppelt und zwar von 107 000 auf 217 000.

3 Millionen Kinder werden heute in den Kinderkrippen betreut. In Moskau allein gibt es 150 Krippen mit 12 000 Betten, 40 Fürsorgestellen und 20 Säuglingsheime mit 2000 Betten. Die Etats für Kinderfürsorge werden ununterbrochen erhöht.

So leben die Kinder, wo die Arbeiterklasse die Macht hat. Arbeiter, Frauen und Männer, wenn ihr nicht wollt, daß eure Kinder hungern, wenn ihr aber wollt, daß euren Kindern die Zukunft gehört, daß sie satt zu essen haben, daß sie aufwachen als freie, gesunde Menschen, dann müßt ihr mit den Kommunisten gegen das System Severing, für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Räte-deutschland kämpfen.

Folgt dem Ruf der kämpfenden roten Jungpioniere auf unserem Bild, marschier mit ihnen und mit euren Kindern in der roten Einheitsfront. Millionen hungernder Kinder in Seve-ri-Preußen mahnen:

Helft uns! Wir hungern!



SPD-Braun: „Für Kinderspeisungen haben wir kein Geld!“

warme Winterkleidung und Wäsche. Die Lebensmittel werden in allen Volks- und Berufsschulen unentgeltlich geliefert.

Die Schließung von Kinderhorten, Kinderheimen und Er-holungsstätten wird untersagt bzw. rückgängig gemacht.

Sofortige Vermehrung der Schularzt- und Schulschwester-stellen.

Rückgängigmachung aller seit Ostern 1923 vorgenommenen Einsparungen von Lehrerstellen und Lehrerentlassungen.

Die vorliegenden amtlichen Zahlen über die Kinder-vereinerung in Preußen sind keineswegs vollständig. Die Unter-suchungen beziehen sich höchstens auf ein Viertel aller Volksschüler in Preußen. Aber selbst dabei mußten die Behörden schon feststellen, daß sich der Ernährungs-zustand der Arbeiterkinder katastrophal verschlechtert hat.

Was machen nun die Severing und Braun?

Im Etat für Kinderspeisung in Preußen waren im Jahr 1930 800 000 Mark, 1931 720 000 Mark und für 1932 sind ganz 250 000 Mark eingelegt. Die Mittel für Schul-Jahrespflege wurden von 72 000 Mark im Jahre 1930 auf 30 000 Mark im Jahre 1931 herabgesetzt. Der Etat zur Bekämpfung der Tuberkulose be-trug 1930 800 000 Mark, 1931 nur noch 760 000 Mark.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Land-tages forderte 10 Millionen Mark für Kinderspeisung. Die Sozialdemokraten schritten mit dem Zentrum, den Deut-sch-nationalen und den Nationalsozialisten die Erhöhung der Mit-tel für Kinderspeisung ab.

Es wurden also in Preußen 720 000 Mark für Kinderspeisung aber 80 Millionen Mark Gehälter für „Zechherren“ im Jahre 1932 ausgegeben. 40 000 hohe Angestellte der Kirche erhielten hundert-mal mehr, als 4,5 Millionen notleidender Arbeiterkinder.

Der Polizei die Mark, den Kindern die Pfennige

Die preußische Polizei besitzt 754 Polizeihunde. Die Unter-haltung kostet 460 000 Mark im Jahr. Das ist das doppelte der Summe, die die Severingregierung im Jahre 1932 für die Kinderspeisung aufwendet.

Für die Pflege von 3600 Polizei-Dienstpferden gibt Severing im Jahr über 2 Millionen Mark aus. Aber zehntausende Arbeiter-kinder müssen ohne Frühstück in Preußen in die Schule gehen.



Glückliche Kinder in der Sowjetunion.

Gegen die Spardiktatur der Preußenregierung an den Kindern — Für ein rotes Preußen
in einem freien sozialistischen Rätedeutschland

Am 24. April nur KPD. Liste 4!

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

Zentrum

Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte Schmiedebrücke 17-18, Schweidnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschesstr. 32/33 bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

Zweigstellen: 1. Gräbschener Straße 19/21, 2. Mollkestraße 14, 3. Bohrauer Straße 43, 4. Poststraße 7

Einkaufsquelle sämtlicher Werkstätten

Kauf Schuhe enorm billig nur von Partei- u. Gewerkschaftsmitgl. geg. Ausw. 5% Sonderrab.



Nathan Graupenstr. 2/4 engros en detail

Sellen-Vertrieb Der schlichte Laden Wäsche, Baumwollwaren Nikolaistraße 81, Ecke Ring

Menschen bevorzugen Milch u. Molkeerzeugnisse der modernen u. hygienisch eingerichteten Dampf-Molkerei Schelotke & Sohn, Breslau-Kl.-Tschansch

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. Berliner Platz 2

Hollmanns Schneiderei und Rügelei Naumarkt 10, I. Etage

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle

Schuhe Schuhvogel nur bei Friedrich-v.-Reich-Str. 66 Scheitnigerstraße 12, Ecke Adalbertstraße

Fleisch-Zentralen Verkaufsstelle I: Messergasse 23 Verkaufsstelle II: Neumarkt 14

Lebensmittelhaus Alfred Koller narrogasse 4/5

Wo kaufen Sie am billigsten Damenkleiderstoffe, Herrenstoffe Seiden- und Futterstoffe, nur bei D. Süßmann

Stoff-Schufftan Herren- und Damen-Stoffe bekannt billig, reell Herrenstraße 28

Händler kaufen Kurzwaren, Wolle, Strümpfe enorm billig bei größter Auswahl im Engroslager Max Cohn & Co.

Wäscherei „Sancewillchen“ Plätterei „Grünecke“, Bachmannstraße 16 a

HUT-ROSENTHAL Blücherplatz 5 Neue Schweidnitzer Str. 5a

Damenhütepreliew. durch eigene Fabrikation. Oskar Garn, Stroh- und Filzstoffabrik

Reserviert 39

Händler und Hausierer! Großes Lager in Kleiderstoffen Mänteln und Kleidern

Zigarren • Zigaretten • Tabake Friedlaender & Littauer

Jeder Arbeiter kauft am besten bei A. M. Remak, Lederhandlung

Kupferschmiedestraße 37 zwischen Schmiedebrücke und Stockgasse

Kauf beim Inserenten Kolonialwaren Obst und Gemüse

Bäckerei und Konditorei Paul Moczek, Leuthenstr. Nr. 88

Drogen, Farben, Foto Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Paul Gebauer Posener Straße 27 Filiale Frankfurter Straße 31

Kolonialwaren, Konserven Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Oskar Laque Kolonialwaren Anderssenstraße 31

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich Gandauer Str. 17 — 9 Proz. Rabatt

Vogelfutter nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Taglich frische Seefische und Räucherwaren billigst bei Richard Polke, Andeisenstraße 16

Kolonialwaren R. & J. Lux Anderssenstraße 2 Leuthenstr. 52

Farben und Lacke / Materialhaus Welfend-Edel-Anderssenstr.

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Frankfurtstr. 154

Fahrräder u. Reparaturwerkstatt Karl Kapelle, Steinauer Str. 31

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann Oskar Funke

R. Miska, Redigerstr. 6/8 Seiter- und Limonadenfabrik

Arbeiter, wohin? zum „gemütlichen Art Korle“

Trinkt Nischke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Wenn Ihnen andere Mittel nicht helfen, so versuchen Sie es mit „M. M.“ gegen Entzündungen, Grippe usw.

Kaschube & Döring GmbH Angel- und Turngeräte, Wäschekleinen

Anzugstoffe kaufen Sie billigst und gut bei Altmann & Pedwasser

Drogen, Farben, Foto Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus Gartenstraße 66/70

Werkzeuge, kauft Radio nur bei RADIO - Ritterplatz

Teilzahlung bis 12 Monate Paul Peschke, Messergasse 1

Damenhüte Marco-Hüte Ring 22

Herrenartikel Hecht 17130 Ohlauer Str. 76/77

Radioastler und Sportler kaufen nur bei Sport u. Funk

Geleisenhelferkauf 3teil. Kleiderschrank, mit Wäschefach

Martha Schmidt Nikolaistr. 54/55, Teilzahlung gestattet

Fleischerei und Wurstwaren Albert Waik, Ursulinerstr. 19/20

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei Carl Jos. Keßler, Inh. O. Klein

„Händler und Wiederverkäufer“ finden ihre billigste Bezugsquelle

Mit „Vandon“ reinigt man tapeteerte und gestrichene Decken und Wände

Hnilitschka - Tapeten Ursuliner Straße 17 a

Schuh-Fierz Blücherplatz 4

Photo-Bazar Lüttgens Atelier Klosterstraße 20 / Sehr billig, sehr gut

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich Vorwerkstr. 37, empfiehlt sich bestens

Elektro-Wäscherei Odertor Seitengasse 1-3, Ruf 44444

Milch- u. Molkereiprodukte bei M. Schneider, Sandstraße 18

Schuhbesohlung Curt Thamm Münzstr. 3, empfiehlt sich bestens

Man kauft Möbel preiswert u. gut im Möbelhaus

P. Pohlz Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik Filialen in allen Stadtteilen

Richard Karsunky & Co. Möbel Rosenthaler Straße 2 — Ecke Matthiasstraße

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden Kurz- u. Wollwaren Rosenthaler Straße 55

Max Fichte Schreinermeister Bäckerei und Konditorei

Butter-Zentrale Matthiasstraße 102

Fleischerei and Wurstfabrik Walter Jonnek

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Paul Herrmann Bäckerei u. Konditorei Trebnitzer Straße 64

St. Vincenz-Drogerie Rosenthaler Straße 43

Fritz Müller, Mühlen Niederlage Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Gute Schuhbesohlerei Karl Hättasch

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Paul Jilke, Piastenstr. 1 Fleischerei und Wurstfabrik

Geld auf Pfänder jeder Art Leihhaus Grundmann

Lebensmittel K. Harer Oelsnerstraße 14

Fisch Aberle Matthias-Str. 159

Fleischerei und Wurstfabrik Paul Berndt, Weißburger Straße 4

Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel, Michaelisstraße 2

Durch Selbstanfertigung die billigsten Möbel in den Möbelwerkstätten A. LOZAR

Feine Fleisch- und Wurstwaren bei P. Selbf, Paulstr. 21 a

Drogen, Farben, Lacke bei Rudolf Heckert, Vinzenzstr. 7

Edmund Frause, Kohlenhandlung Trebnitzer Straße 29

Bäckerei und Konditorei Georg Heyduck, Rosenstraße 16

Nord-Drogerie und Photohandlung Auf Photo - Arctica 5% Rabatt

W. Zembrok Waterloostraße 11 Kolonialwaren Spirituosen

Kolonialwaren, Spirituosen Wilhelm Kupczyk, Schiedworderstraße 51

Hedwig Depta Fischwaren, Gneisenastr. 8

Kolonialwaren — Spirituosen Heinrich Titze Nachfolger

Fischgeschäft F. Köhler Kospothstraße Nr. 18

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“ Richard Erlson

Paul Kuschel Kolonialwaren / Feinkost Matthiasstr. 183, Schielermacherstr. 11

Dampfwäscherei und Feinplätterei ALBA wäscht für Sie jede Wäsche

Albert Stosch Kolonialwaren Herzogstraße 36, Vorkerkstraße 62

Rein-Drogerie Foto-Handlung / Farben und Lacke Karl Mubrich

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel Gräbschen, am Friedhof

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Bienas

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal

Brauerei - Ausschank „Zur goldenen Marie“ Frühstückstube

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Hüte — Mützen, Herren-Artikel Felix Eckert

Sämereien — Gartenbedarfsartikel Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Lacke, Farben, Pinsel M. Andrißkyte, Zeldstr. 50

Paul Scholz Kolonialwaren Klosterstr. 135

Fischhaus Klosterstr. 45

Max Höse empfiehlt sich bestens

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Karl Kirchner

Kolonialwaren Max Naewe

Bach & Blachmann Herdalinstraße 44

Berufskleidung Trikotasen Strumpfwaren

Gesellschaftshaus „Jägerhof“ Gräbschener Straße 181/183

Trinkt Nischke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31